



BAND 59

Beleidigt und bedroht

Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen
von Ratsmitgliedern in Deutschland

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

BELEIDIGT UND BEDROHT

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 59**

Beleidigt und bedroht

Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von
Ratsmitgliedern in Deutschland

Eine Studie von Selina Alin, Sebastian Bukow, Jana Faus, Stefanie John und Andrina Jurrat

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Autorinnen und Autoren

Selina Alin, pollytix strategic research gmbh, selina.alin@pollytix.de
Sebastian Bukow, Heinrich-Böll-Stiftung e.V., bukow@boell.de
Jana Faus, pollytix strategic research gmbh, jana.faus@pollytix.de
Stefanie John, Heinrich-Böll-Stiftung e.V., stefanie.john@boell.de
Andrina Jurrat, pollytix strategic research gmbh, andrina.jurrat@pollytix.de



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Beleidigt und bedroht

Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland

Eine Studie von Selina Alin, Sebastian Bukow, Jana Faus, Stefanie John und Andrina Jurrat

Band 59 der Schriftenreihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, S. Langer (basierend auf Entwürfen von State Design)

Druck: ARNOLD group, Großbeeren

Titelphoto: kaipong (- iStock)

ISBN 978-3-86928-228-2

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
1 Einleitung	9
2 Studiendesign und Methodik	12
3 Analytischer Rahmen: Gewaltdimensionen im politischen Alltag	15
4 Arbeitsbedingungen und besondere Herausforderungen des politischen Ehrenamts	17
5 Gewalterfahrungen	23
5.1 Beleidigungen	24
5.2 Bedrohungen	25
5.3 Tätliche Übergriffe	27
5.4 Frauen in der Kommunalpolitik: Andere Gewalterfahrungen	28
6 Diskussion über wahrgenommene Ursachen von Gewalt	31
7 Persönlicher Umgang mit und angewandte Strategien gegen Gewalterfahrungen	37
7.1 Umgang mit Beleidigungen	38
7.2 Umgang mit Bedrohungen	44
7.3 Umgang mit tätlichen Übergriffen	48
7.4 Rückzug aus dem politischen Ehrenamt ist (k)eine Antwort auf Gewalterfahrungen	50
8 Ausblick: Lösungsansätze für den Umgang mit Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen	54
9 Literatur	62

VORWORT

Wenn wir an Politiker/innen denken, dann haben wir vor allem Berufspolitiker/innen im Sinn, also Menschen, die für, aber auch von der Politik leben, die «Politik als Beruf» betreiben. Rund 2.700 Mandate auf Landes-, Bundes- und Europaebene bieten diese Möglichkeit, dazu kommen Wahlämter in Regierung und Verwaltung. So zentral diese Gruppe der Berufspolitiker/innen ist – es gibt in Deutschland weitaus mehr Politiker/innen, die für die Politik, aber nicht von der Politik leben. Für über 190.000 Mandatsträger/innen in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten ist das politische Amt eine demokratische Berufung, aber kein Beruf. Dieses politische Engagement findet zusätzlich zum Brotberuf statt und fordert nicht nur viel Leidenschaft, sondern auch viel Zeit – oft zu Lasten der beruflichen Tätigkeit und des privaten, familiären Lebens.

Mehr noch, das politische Ehrenamt bringt verstärkt andere Belastungen mit sich: Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber Politiker/innen beschränken sich nicht auf Berufspolitiker/innen. Aber wie stark und in welcher Weise sind ehrenamtliche Politiker/innen von solchen Übergriffen betroffen?

Für uns war die Frage Anlass, einen genaueren Blick auf die Arbeitsbedingungen und den Umgang von Betroffenen mit Beleidigungen und Bedrohungen zu richten. Denn es handelt sich nicht um Einzelfälle, wenngleich gegenüber Ehrenamtlichen Beleidigungen und Bedrohungen weniger häufig vorkommen als gegenüber Berufspolitiker/innen. Sie sind ein bundesweites Problem: In allen Parteien und Wählervereinigungen, in allen Regionen, in allen Gemeindegrößen – ehrenamtlich in der Politik engagierte Bürger/innen sind immer wieder mit Anfeindungen konfrontiert.

So wenig wir uns an diese Vorfälle gewöhnen dürfen, so wichtig ist die neue Aufmerksamkeit für diese Bedrohungen. Denn Beleidigungen und Bedrohungen belasten gerade ehrenamtliche Politiker/innen, die in ihrer Freizeit am demokratischen Gemeinwesen mitwirken. Durch das fehlende professionelle Umfeld treffen die Beleidigungen und Bedrohungen die ehrenamtlichen Politiker/innen direkter und im privaten Umfeld, bisweilen sogar im heimischen Wohnzimmer oder am eigenen Telefon.

Es belastet die Betroffenen, zumal das Problem bislang regelmäßig als Einzelfall verstanden wurde. Auch wenn das politische Engagement nicht eingestellt wird – die Bedrohungen und Beleidigungen von Demokrat/innen unterminiert die Demokratie selbst. Die neue öffentliche Debatte hat aber dazu geführt, dass hier ein Umdenken einsetzt, und dazu will diese Studie beitragen. Sie untersucht dabei nicht nur über Parteigrenzen hinweg, wie politisch Aktive beleidigt und bedroht werden und wie sie damit umgehen, sondern fragt auch nach Lösungsstrategien. Denn eines ist klar: Demokratie lebt vom politischen Engagement gerade in Kommunen, und dieses ehrenamtliche Engagement muss Anerkennung, nicht Anfeindung finden. Die Studie plädiert dafür, diese Anfeindungen nicht zu dramatisieren, aber sehr ernst zu

nehmen. Das bedeutet: Es ist an der Zeit, diese Vorfälle nicht mehr zu tolerieren oder als Einzelfälle zu bezeichnen. Es bedarf vielmehr einer noch breiteren gesellschaftlichen und öffentlichen Debatte über unsere demokratische Kultur, über die Notwendigkeit und Akzeptanz vielfältiger demokratischer Meinungen und über strukturelle Ansätze zur Stärkung der ehrenamtlichen Politiker/innen vor Ort.

Dazu will diese Studie entsprechend beitragen, mit Einblicken und Analysen zur Lage der Lokalpolitik. Diese Einblicke wären nicht möglich gewesen ohne die Bereitschaft der 50 Gesprächspartner/innen aus allen Parteien und lokalen Wählervereinigungen, die in den Gesprächen ebenso ausführlich wie offen einen tiefen Blick in ihre kommunale Arbeitssituation gewährt haben – dafür danken wir ganz besonders, denn dies ist keineswegs selbstverständlich. Dank gebührt zudem allen weiteren Beteiligten, die diese Studie erarbeitet und ermöglicht haben: den Autor/innen selbst, den engagierten Mitarbeiter/innen bei der Interviewauswertung, aber auch den weiteren Mitarbeitenden im administrativen und redaktionellen Prozess der Studiererstellung. So hoffe ich, dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, von den Erkenntnissen profitieren werden!

Berlin, im Januar 2021

Dr. Ellen Ueberschär

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

1 EINLEITUNG

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 hat das Land erschüttert. Dieser Gewaltakt markiert einen Tiefpunkt politisch motivierter Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger/innen in Deutschland. So registrierte das Bundeskriminalamt in diesem Bereich für das Jahr 2019 knapp 1.700 Straftaten.¹ Der politisch motivierte Mord an Lübcke katapultierte die Gesellschaft auch in eine Debatte über Gewalt an Politiker/innen – nämlich Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu tätlichen Übergriffen. In zeitnahen Medienberichten kamen Amts- und Mandatsträger/innen aus allen Parteien zu Wort und machten klar, wie belastend Beleidigungen und Drohungen sind.² Abgesehen von dieser temporären medialen Aufmerksamkeit findet die politisch motivierte verbale Gewalt gegen Politiker/innen nur selten öffentlichen Widerhall. Sichtbar werden diese Vorkommnisse meist nur, wenn es zu tätlicher Gewalt kommt, die Bedrohten ein gewisses Maß an Prominenz innehaben, drastische Konsequenzen ziehen und etwa den Rückzug aus der Politik antreten³ oder selbst dafür sorgen, dass die Bedrohung(en) publik werden.⁴

Auffallend an der öffentlichen Aufmerksamkeit ist zudem, dass sie sich im hohen Maße auf hauptberufliche Amts- und Mandatsträger/innen in Bund und Ländern richtet. Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger/innen auf der kommunalen Ebene wird hingegen wesentlich seltener thematisiert. Doch gerade Gewalt gegen politisch Aktive, die sich in den Gemeinderäten engagieren, bedarf einer weitaus größeren Aufmerksamkeit.

Zunächst ist die kommunale Ebene der Ort einer direkten Begegnung zwischen Bürger/innen sowie Politik. Einerseits schafft diese direkte Begegnung vor Ort die gewünschte Bürgernähe in der repräsentativen Demokratie.⁵ Andererseits erschwert diese Nähe wiederum den Kommunalpolitiker/innen, im politischen Alltag Möglichkeiten zu nutzen, um die private und politische Lebenswelt zu trennen. Im Kontext von Gewalterfahrungen ergibt sich daraus eine anders gelagerte Vulnerabilität, fehlen doch Möglichkeiten, sich durch ein professionelles Umfeld von Anfeindungen und Bedrohungen abzuschotten. Obendrein sei daran erinnert: Die Kommunalpolitiker/innen bilden die größte Gruppe der Mandatsträger im Land. Gut 21.950 Mandate werden in Kreistagen bzw. Stadträten kreisfreier Städte und 169.450 Mandate in

1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundeskriminalamt, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. In: bmi.bund.de, 28.05.2020.

2 Ramelsberger, Allein gegen die Barbarei.

3 O.A., Bürgermeister von Kerpen gibt Amt auf.

4 U. a. Fiedler/Ismar, FDP klagt über Hass-Welle im ganzen Land; Gökkaya, Schüsse auf Büro des SPD-Politikers Karamba Diaby.

5 Holtmann u.a., 10f.

Gemeinderäten bekleidet, im Gegensatz zu insgesamt knapp 2.700 Mandaten deutscher Politiker/innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

Die große Mehrheit der politisch Aktiven auf der kommunalen Ebene übt die politischen Aktivitäten ehrenamtlich aus und ist somit anders als die Politiker/innen auf Landes- und Bundesebene aktiv: D.h. politische Entscheidungen über lokale Infrastruktur, das Miteinander in den Gemeinden oder die Ausgestaltung öffentlicher Räume ist von ehrenamtlichem Engagement abhängig. Und damit baut die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik auf einem funktionierenden politischen Ehrenamt auf. Dabei sind die Anreize für gesellschaftliches Engagement hier besonders fragil. So ist seit längerem zu beobachten, dass das Engagement in der Kommunalpolitik vielfach zurückgeht.⁶ Besonders im ländlichen Raum fällt es immer schwerer, Ehrenamtliche für die zeit- und ressourcenaufwändige Arbeit im Kommunalparlament zu motivieren. Wenn nun zu den generellen Herausforderungen des politischen Ehrenamts auch noch Gewalt droht, dann entsteht ein weiteres Hemmnis für politisches Engagement und höhlt die wichtige Basis der demokratischen Ordnung weiter aus. Denn es ist kaum zumutbar, Bürger/innen für politisches Engagement zu gewinnen, wenn damit Beleidigungen und Bedrohungen für sie selbst oder ihre Familien und Freunde einhergehen, wie es jüngst auch Bundespräsident Steinmeier ausgeführt hat.⁷

Vor diesem Hintergrund richtet diese explorative Studie ihr Augenmerk auf die subjektiven Gewalterfahrungen von Kommunalpolitiker/innen und nimmt verschiedene Dimensionen von Gewalt – angefangen von verbaler bis hin zu tätlicher Gewalt – in den Blick. Dabei widmet sie sich den zentralen Leitfragen: Welche subjektiven Gewalterfahrungen machen Kommunalpolitiker/innen, und wie wirken sich diese auf ihre Motivation für das politische Amt aus? Welche Strategien nutzen Kommunalpolitiker/innen im Umgang mit Gewalt?

Mit der Perspektive auf das subjektive Erleben von Gewalt können insbesondere begleitende Denk- und Entscheidungsprozesse herausgearbeitet werden. Diese sind essentiell für das Ableiten von Lösungsstrategien im Umgang mit Gewalt, die im politischen Alltag implementiert werden können. Aus diesem Grund wurden 50 Hintergrundgespräche mit Betroffenen über ihre subjektiven Gewalterfahrungen geführt und qualitativ ausgewertet.

Damit leistet die Studie einen zweifachen Beitrag: Als erstes schafft sie Aufmerksamkeit für die Gewalterfahrungen von Kommunalpolitiker/innen unter der besonderen Beachtung der Arbeitsbedingungen, die mit einem politischen Ehrenamt verbunden sind. Als zweites leitet sie auf Basis der Erfahrungen von Kommunalpolitiker/innen Implikationen ab, wie (institutionelle) Lösungsansätze für den Umgang mit Gewalt im politischen Alltag ausgestaltet sein können.

Die Studie greift die veränderte Wahrnehmung von Gewalt gegen Politiker/innen auf, wonach diese politische Gewalt ein systematisches Problem darstellt und alle politischen Ebenen einschließlich die Kommunalebene betrifft. Unter anderem

⁶ Lukaschat/Belschner, Keine Zeit für Politik? In: boell.de, 30.11.2020.

⁷ Erhardt, Steinmeier: «Anfeindungen immer wieder Thema».

schaften die Erhebungen der kommunalpolitischen Zeitschrift KOMMUNAL eine höhere Transparenz über die Problematik.⁸ Mit der jüngsten Untersuchung im März 2020 wurde offengelegt, dass fast zwei Drittel der knapp 2500 befragten Bürgermeister/innen in ihrer Gemeinde Erfahrungen mit Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen gegenüber Amts- und Mandatsträger/innen gemacht haben.⁹ Dabei sind nicht nur Bürgermeister/innen von Gewalt betroffen, auch (andere) ehrenamtliche Kommunalpolitiker/innen sowie Mitarbeiter/innen in den Kommunalverwaltungen berichten von direkten, persönlichen Beleidigungen und Bedrohungen.¹⁰

Ferner manifestiert sich das höhere Problembewusstsein für politische Gewalt als ein ebenenübergreifendes Problem auch in der jüngsten Gesetzgebung zur strafrechtlichen Verfolgung von Hasskriminalität in sozialen Medien.¹¹ Explizit bezieht die neue Gesetzgebung in den strafgesetzlichen Tatbestand der üblen Nachrede gegen Personen des politischen Lebens nun auch (ehrenamtliche) Politiker/innen auf kommunaler Ebene ein. Das stellt ein Novum dar, denn während (Berufs-)Politiker/innen auf der Landes- und Bundesebene bereits strafrechtlich besonders geschützt sind, fehlte dieser Schutz für ehrenamtlich tätige Politiker/innen auf kommunaler Ebene bislang.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 und 3 werden die methodischen Vorgehensweisen und analytischen Grundlagen der explorativen Studie dargelegt. Kapitel 4 widmet sich den Arbeitsbedingungen und besonderen Herausforderungen im politischen Ehrenamt. Dieser Kontext ist elementar für eine angemessene Einordnung ausgelöster Wirkungen bei hinzukommenden Gewalterfahrungen. Die spezifischen subjektiven Gewalterfahrungen der interviewten Kommunalpolitiker/innen werden in Kapitel 5 in Bezug zu verschiedenen Gewaltdimensionen beschrieben. Kapitel 6 widmet sich den wahrgenommenen Hintergründen und Ursachen von Gewalterfahrungen. In Kapitel 7 werden die von den Betroffenen angewandten Lösungsansätze im Umgang mit Gewalt vorgestellt, die individuelle sowie institutionelle Ansätze umfassen, ferner auf das Schaffen einer Öffentlichkeit abzielen oder die Strafverfolgung einbeziehen. Zudem wird in Kapitel 7 reflektiert, inwiefern die Gewalterfahrungen Auswirkungen auf die Motivation der Betroffenen haben, sich weiterhin im politischen Ehrenamt zu engagieren. Der explorative Blick auf den Umgang mit Gewalterfahrungen legt offen, dass für das systematische und ebenenübergreifende Problem von Gewalt gegen Politiker/innen im hohen Maße individuelle Ansätze genutzt werden. Deshalb schließt Kapitel 8 mit Implikationen und Vorschlägen, wie der Umgang mit Gewalt stärker mit institutionellen Ansätzen bewältigt werden kann und somit das Gewaltproblem als das bezeichnet, was es ist: ein systemisches Problem.

8 Erhardt, Hasswelle: Kommunalpolitik - Aus Hetze werden Taten; Erhardt, Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung.

9 An der Studie hat jede/r vierte Bürgermeister/in teilgenommen.

10 Siehe auch: Goddemeier, hr-Umfrage. Mehrheit der Bürgermeister und Landräte wird angefeindet. In: hessenschau.de.

11 Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. In: dip21.bundestag.de, 30.11.2020.

2 Studiendesign und Methodik

Die explorative Studie will vordergründig herausfinden, welche subjektiven Gewalterfahrungen Kommunalpolitiker/innen machen und wie sie damit umgehen. Dies soll zum einen Aufschluss über Konsequenzen auf die Motivation für das Ehrenamt geben und zum anderen den Blick darauf richten, welche Ansätze und Strategien verfolgt werden (können), um Betroffene im Umgang mit der Gewalt zu stärken. Konkret gilt es deshalb, neben der erlebten Gewalt zu erfassen, welche (emotionalen) Reaktionen eintreten, welche Ursachen hinter der Gewalt vermutet werden und welche Handlungsansätze als Antwort auf Gewalt genutzt werden.

Das Besondere an der kommunalpolitischen Arbeit ist zunächst, dass sie fast ausschließlich ehrenamtlich ausgeübt wird. Ehrenamt steht für ein zusätzliches Engagement neben beruflicher und familiärer Verpflichtungen bei einer mitunter sehr geringen Aufwandsentschädigung. Ausgeübt wird das Ehrenamt oft im heimischen Wohn- oder Arbeitszimmer. Die private Couch muss häufig dazu dienen, Bürger/innen zur Bürgersprechstunde zu empfangen, und das private Telefon ist zugleich das «Bürotelefon». Eine Trennung der privaten und politischen Lebenswelt ist also kaum möglich. Diese ehrenamtlichen Arbeitsbedingungen stellen einen besonderen Kontext für die Gewalterfahrungen dar, der einen Einfluss auf die wahrgenommene Gewalt und anwendbare mögliche Lösungsstrategien im Umgang mit der Gewalt hat.

Des Weiteren zeichnet sich die Arbeit auf der kommunalen Ebene durch eine Nähe zwischen Bürger/innen sowie Kommunalpolitiker/innen aus. Diese Nähe ist im politischen Alltag gewünscht, und das Bekanntheit von Personen ist häufig relevant dafür, dass diese Personen in den Gemeinderat gewählt werden. Diese Nähe und Bekanntheit wirkt in der Regel stärker in kleineren Gemeinden. Das bedeutet aber auch, dass die Überschneidung zwischen privater und politischer Lebenswelt eine weitaus größere Bedeutung haben. Bringen also besondere Bürgernähe und Bekanntheit in kleineren Gemeinden Vorteile für die lokale Politikgestaltung, bergen sie womöglich im Kontext von Gewalterfahrungen anders gelagerte Schwierigkeiten für die Kommunalpolitiker/innen als für jene, die in großen Gemeinden politisch aktiv sind und den Schutz der Großstadtanonymität für sich nutzen können.

Neben dem potenziellen Einfluss der Gemeindegröße auf Gewalterfahrungen wird berücksichtigt, dass Gewalterfahrungen und Auswirkungen von Gewalt in Abhängigkeit des Geschlechts variieren kann. Die spezifische Vulnerabilität von Frauen wird etwa mit der 2011 von der Europäischen Union verabschiedeten «Istanbul Konvention» anerkannt, die seit Februar 2018 auch in Deutschland gilt. Der explorative Blick auf die Gewalterfahrungen von Kommunalpolitikerinnen ist zudem aus einem weiteren Grund geboten: Derzeit fällt die deskriptive Repräsentation von

Frauen auf der kommunalen Ebene mit nur knapp 28 Prozent sehr gering aus.¹² Augenmerk auf etwaige andere Muster in Gewalt oder Umgang ist deshalb geboten.

Für die Beantwortung der Fragestellungen wurden diese Vorüberlegungen und Vermutungen im Studiendesign und der angewandten qualitativen Methodik zusammengeführt:

Als methodisches Instrument für die Datenerhebung wurden Tiefeninterviews genutzt. Tiefeninterviews bieten die Vorteile, dass sich die vielfältigen Facetten an Erfahrungen und im Umgang mit Gewalt sowie individuelle Denk-, Gefühls- und Entscheidungsprozesse am besten aufdecken lassen und zugleich unter Einsatz eines strukturierten Interviewleitfadens zusammenführende Aussagen getroffen werden können.

Grundsätzlich kamen als Gesprächspartner/innen nur Personen in Frage, die ehrenamtlich im Gemeinderat politisch aktiv sind bzw. politisch aktiv gewesen sind. Um bei der Auswahl auch die oben diskutierten Einflussfaktoren berücksichtigen zu können, wurden im ersten Schritt die Gemeinden in der Bundesrepublik nach Größen geclustert. Dafür wurden mithilfe einer von pollytix erstellten Datenbank mit ca. 11.000 Gemeinden sechs Gemeindecluster gebildet. Die Cluster bilden die folgenden Gemeindegrößen ab unter Berücksichtigung der geographischen Region (Ost-/Westdeutschland):

Tabelle 1: Verwendete Bezeichnung für Gemeinde- und Regionalcluster

Geographische Region \ Gemeindegröße	Kleine Gemeinde: bis 10.000 Einwohner/innen	Mittlere Gemeinde: 10.000 – 100.000 Einwohner/innen	Große Gemeinde: über 100.000 Einwohner/innen
Ostdeutschland	Ost-Klein	Ost-Mittel	Ost-Groß
Westdeutschland	West-Klein	West-Mittel	West-Groß

Anmerkung: Die angegebenen Bezeichnungen werden im weiteren Verlauf der Studie verwendet.

Aus diesen Clustern wurden jeweils zufällig acht bis neun Gemeinden gezogen. Anschließend wurden die Fraktionsvorsitzenden bzw. ihre Stellvertreter/innen verschiedener Parteien, Wählervereinigungen oder Listen telefonisch kontaktiert und erfragt, ob sie psychische oder physische Gewalt erlebt haben oder Betroffene in ihrer Gemeinde kennen.

Der Erstkontakt über die (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden erfolgte, da diese in der Regel am besten über (derartige) Vorkommnisse in den eigenen Reihen informiert sind und auch gute Einblicke in andere Fraktionen haben können. Darüber hinaus ermöglichten die Fraktionsführungen den Feldzugang insbesondere bei

¹² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. In: bmfsfj.de, 30.11.2020.

kleineren Gemeinden, da in diesen die einfachen Ratsmitglieder oft nicht öffentlich verzeichnet und damit nicht erreichbar sind.

Insgesamt wurden 288 Kommunalpolitiker/innen gezogen und kontaktiert. Etwas über die Mehrheit der Befragten gab an, bisher noch keine Gewalterfahrungen erlebt zu haben (N=167; 58 Prozent).

Dabei wurde bewusst mit einem weiten Gewaltverständnis gearbeitet, d.h. es wurde keine Einengung auf bestimmte Formen von psychischen und physischen Handlungen vorgegeben, die als schädigend von den Befragten wahrgenommen werden können. Dieses Vorgehen ermöglichte, offen für die Vielfalt subjektiver Wahrnehmungen von Gewalt zu bleiben und Personen mit Gewalterfahrungen nicht a priori von der Studie auszuschließen.

Bei der finalen Auswahl von 50 Interviewpartner/innen wurde berücksichtigt, dass a) kommunale Vertreter/innen aus den drei Gemeindegrößencluster vertreten sind, b) eine Gleichverteilung zwischen Frauen und Männern soweit wie möglich realisiert wird (weiblich: n=22; männlich: n=28) und c) mindestens zwei Personen pro Partei an der Befragung beteiligt sind. Partei fungiert hier als Label. Darunter werden subsumiert landes- oder bundesweit organisierte Parteien, Kleinparteien (d.h. Partikularinteressen, die sich entweder regional oder interessenspezifisch begründen) und Wählergemeinschaften. 39 der 50 ausgewählten Interviewpartner/innen haben oder hatten die Position des (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzes inne.

Mit den insgesamt 50 Tiefeninterviews von durchschnittlich 45 Minuten wurden Ratsmitglieder also aus ganz Deutschland telefonisch interviewt, um deren Sicht als «Expert/in in eigener Sache» zu erfahren.¹³ Den sozialwissenschaftlichen Standards folgend, orientierten sich die Interviews an einem Gesprächsleitfaden, der eine Grundstruktur der Interviews vorgab und zugleich die Offenheit für neue Sachverhalte ermöglichte. Die Datenauswertung fußt auf einem eigens erstellten Kategoriensystem, das das Fundament für die qualitative Exploration im Hinblick auf Erfahrungen mit Gewalt darstellt.

13 Die Interviews wurden durchgeführt im Zeitraum von November 2019 bis Januar 2020. Die Feldarbeit, Transkription und Codierung der Interviews erfolgte durch die pollytix strategic research gmbh.

3 Analytischer Rahmen: Gewaltdimensionen im politischen Alltag

Ist von Gewalt die Rede, dann ist für jede/n auf den ersten Blick klar, dass es sich hierbei um Handlungen handelt, deren Ziel die Erlangung von Einfluss oder Kontrolle über andere Personen darstellt. Auf den zweiten Blick wird sofort deutlich, dass darunter vielfältige Erscheinungsformen fallen und etwa in Abhängigkeit der betrachteten (Personen-)Konstellationen höchst unterschiedliche Sachverhalte damit assoziiert werden. Entsprechend existieren in Forschungsliteratur und Praxis eine Vielzahl von begrifflichen Differenzierungen und Abgrenzungen.

Gewalt im politischen Alltag – und hier zugespitzt auf die Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen – meint personale Gewalt, d.h. ausgeübt durch andere Personen, und bezieht psychische oder physische Handlungen ein, durch die die Kommunalpolitiker/innen geschädigt werden. Der Schaden kann sich auf Personen oder Sachen beziehen. Diese Studie legt ein mehrdimensionales Verständnis von Gewalt zugrunde, das verschiedene Formen von erfahrener Gewalt abbildet – Beleidigung, Drohung, tätlicher Übergriff und soziale Ausgrenzung.

Tabelle 2: Gewaltdimensionen

Gewaltdimension	Definition
Beleidigung	Verbale Aussagen oder Gesten, die Beleidigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen enthalten, die eine Person oder eine Gruppe herabsetzt und beleidigt oder Personen auf persönlicher Ebene angreift und verletzt.
Bedrohung	Verbale und nonverbale Drohungen, die eine konkrete Gewalttat andeuten oder ankündigen. Verbale Drohungen sind häufig in einer «Wenn-dann»-Logik formuliert.
tätlicher Übergriff	Tätliche Gewalt, die sich gegen Gegenstände oder Personen richtet und den Tatbestand von Sachbeschädigungen sowie Körperverletzungen erfüllen.
soziale Ausgrenzung	Nonverbale Handlungen, die auf eine systematische Ausgrenzung gegen den Willen der betroffenen Person abzielen, etwa durch permanentes Verweigern von Gesprächen, Händereichen oder Begrüßungen.

Diese Dimensionen resultieren aus einem induktiv-deduktiven Vorgehen, d.h. zum einen wurde bei den Befragungen bewusst ein offenes Gewaltverständnis verwendet, um die Vielfalt der subjektiven Gewalterfahrungen und deren wahrgenommenen Bedeutung für die Betroffenen zu erfassen; zum anderen wurden die subjektiven Gewalterfahrungen systematisch mit der Art der wahrgenommenen Gewalt zusammengeführt: Gewalt erfolgt mit Worten oder Gesten oder bedient sich physischer Übergriffe auf Personen und Gegenständen. Dieses Vorgehen löst die analytische Schwierigkeit auf, Gewaltdimensionen systematisch herauszuarbeiten, auch wenn verschiedene Gewaltarten subjektiv anders wahrnehmbar sind. Dies wird insbesondere anhand verbaler Auseinandersetzungen im politischen Alltag deutlich, die für einige den Charakter eines «rauen Tons» und für andere den Tatbestand der Beleidigung erfüllen.

Keinesfalls ist die analytische Zuordnung von Gewalt zu den Gewaltdimensionen gleichzusetzen mit einer hierarchisierenden Bewertung der subjektiven Gewalterfahrungen. Es wird vielmehr anerkannt, dass Erfahrungen mit den Gewaltdimensionen auf die Personen unterschiedlich wirken können, Formen von Ausgrenzung können beispielsweise individuell schlimmer empfunden werden als Bedrohungen.

Als ein wichtiges Resultat aus der empirischen Arbeit geht hervor, dass mit den ersten drei Gewaltdimensionen (Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe) das Spektrum an erfahrener Gewalt nahezu komplett abgedeckt wird. Ereignissen, die die Dimension der sozialen Ausgrenzung berühren, kommt eher eine geringere Bedeutung zu. Korrespondierend mit diesem Ergebnis sind die Kapitel über Gewalterfahrungen (Kapitel 5) und über angewandte Ansätze für den Umgang mit Gewalt (Kapitel 7) strukturiert, ohne auf die Reflexion der sozialen Ausgrenzung zu verzichten.

4 Arbeitsbedingungen und besondere Herausforderungen des politischen Ehrenamts

Das Wichtigste in Kürze

- Die intrinsische Motivation, sich zu engagieren, ist die zentrale Triebfeder.
- Das Amt als Gemeinderatsmitglied ist kein geplanter Karriereweg.
- Größte Herausforderungen für Kommunalpolitiker/innen sind die teils konfliktbehaftete Ratsarbeit, die parteipolitische Durchdringung, zeitliche Belastung, öffentliche Sichtbarkeit, die Vermischung von Privatem und Ehrenamt sowie die generalisierende Zuordnung zu einer politischen Klasse.
- Die mögliche Konfrontation mit Gewalt ist im Vorfeld einer Amtsübernahme kaum Thema.

Ehrenamtlich in Gemeinden und Kommunen politisch aktiv zu sein unterscheidet sich gravierend von den Arbeitsbedingungen der Berufspolitiker/innen: Das politische Engagement wird in der Regel zusätzlich zu anderen hauptberuflichen Verpflichtungen ausgeübt, und ein Teil der Arbeit findet in den privaten Wohnräumen statt. Damit fehlt ein professionelles Umfeld mit separaten Arbeitsbüros oder Telefonanschlüssen, wodurch die Privatsphäre und der politische Raum sich vermischen. Kurzum, die Arbeitsbedingungen von ehrenamtlichen Ratsmitgliedern stellen einen besonderen Kontext dar.

Dieses Kapitel stellt die besonders herausfordernden Arbeitsbedingungen und Erfahrungen der interviewten Kommunalpolitiker/innen in den Mittelpunkt. Dieser Kontext ist maßgeblich, um die (zusätzlichen) subjektiven Gewalterfahrungen einordnen und Implikationen für den Umgang mit Gewalt im politischen Alltag ableiten zu können.

Unabhängig vom Ort ihres Engagements oder ihrer Parteizugehörigkeit stellen die Interviewten relativ einhellig Arbeitssituationen von Ratsmitgliedern heraus, die als durchaus herausfordernd bezeichnet werden können. Diese Resultate decken sich mit zum Teil schon älteren Befunde, aus der wissenschaftlichen Literatur zur Arbeitssituation von Ratsmitgliedern.¹⁴ Das Attribut «herausfordernd» gilt insbesondere für die hier

14 Reiser; Bogumil u.a., Kommunale Mandatsträger: überaltert, überarbeitet und einflusslos?; Harm u.a., Kommunalpolitiker in der Überforderungsfalle? Ratsarbeit und Belastungswahrnehmung in sechs Kommunalparlamenten aus Sicht der Mandatsträger.

vorrangig interviewten (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden in den Gemeinderäten, die vielfach Multifunktionsträger/innen sind. D.h. sie üben weitere ehrenamtliche Tätigkeiten aus und sind nicht selten in den Ortsverbänden ihrer Partei oder Wählervereinigung aktiv, was insgesamt die Belastung nicht gerade schmälert.

Zudem stellt sich die Rats­tätigkeit oft als Teil einer «Ehrenamtskarriere» dar. Viele waren (oder sind weiterhin) bereits ehrenamtlich in Vereinen oder ähnlichem vor Ort aktiv. Diese grundsätzliche, ausgeprägt intrinsische Motivation, sich zu engagieren und ins Gemeinwesen einzubringen, ist bei fast allen Befragten deutlich. Es ist für diese eine Herzensangelegenheit, sich für die Mitmenschen und ihren Wohnort einzusetzen, und nehmen dabei oft Freude am kommunalen Engagement wahr. Die aktive Mitgestaltung, oft getreu dem Motto «Anpacken und nicht jammern», wird als Selbstverständlichkeit erachtet.

Auch wenn das Ratsmandat oft Teil einer «Ehrenamtskarriere» ist, so handelt es sich dabei selten um eine geplante Karriere, im Gegenteil: Für viele ist der Weg in die Kommunalpolitik eher eine Folge anderer Engagements. Sie sind häufig eher «zufällig» in die lokale Politik geraten, etwa indem sie von Freund/innen, Bekannten oder von (zukünftigen) Parteikolleg/innen angesprochen und für die Kommunalpolitik geworben wurden. Daraus ergeben sich mal mehr, mal weniger gezielte Wege in den Rat, nicht selten wurden die heutigen Ratsmitglieder zu Beginn eher überredet, als dass sie diesen Schritt gezielt angestrebt haben. Dieser oft zufällige Einstieg ist jedoch problematisch, denn: So ungeplant der Einstieg ist, so unvorbereitet erfolgt er auch und dies in mehrfacher Hinsicht und mit deutlichen Folgen.

«Nein, ich bin da tatsächlich zu gekommen wie die Jungfrau zum Kinde. Also, so im klassischen Sinne. Es ist tatsächlich so, ich habe mir keine Gedanken darum gemacht.» (West-Mittel, CDU, weiblich)

Ratspolitik stärker konfliktbehaftet als erwartet. Das Ausmaß an potentiellen Konflikten, das mit der Tätigkeit als Ratsmitglied einhergeht, ist den Mandatsträger/innen oft nicht bewusst. Sie fühlen sich zunächst durch ihr bisheriges Ehrenamt auch für das neue Ehrenamt gut gerüstet. Erst nach der Amtsübernahme kommt die Erkenntnis, dass Kommunalpolitik nicht vergleichbar ist mit den Funktionen, die sie z.B. schon im Sportverein ausfüllen. Dabei ist weniger die vielleicht ungewohnt politische Komponente entscheidend, sondern es sind vielmehr die mit politischen Entscheidungen einhergehenden Konflikte: Während ihnen in ihrer vorherigen Vereinsarbeit primär Wohlwollen entgegenschlug, ändert sich dies in der Kommunalpolitik bisweilen und zeigt, wie konfliktbehaftet Ratspolitik ist und sich auch in einem rauen Ton in den Auseinandersetzungen um kommunalpolitische Entscheidungen niederschlägt.

Parteipolitische Durchdringung der Ratsarbeit als Herausforderung. Die Situation im Rat ist oftmals eine Herausforderung für neue Kommunalpolitiker/innen. Es wird von festgefahrenen Strukturen berichtet, von Machtkämpfen unter den Ratsmitgliedern und dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Auch wird ein Missverhältnis von Parteipolitik und Sachorientierung beklagt, da häufig eine reine

Sachpolitik auf kommunaler Ebene erwartet wird. Hierbei handelt es sich um einen gut dokumentierten Diskurs: Wurde lange der Kommunalpolitik das Parteipolitische abgesprochen, zeigt sich jedoch an der sogenannten und zunehmend verbreiteten Parteipolitisation, wie es örtlichen Parteiorganisationen und Parteivertreter/innen gelingt, personell und inhaltlich ihren Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen.¹⁵ Es ist im vertikal integrierten deutschen Parteiensystem schlichtweg schwierig, politisch aktiv zu sein, ohne sich parteipolitisch zu organisieren. Was für größere Gemeinden schon länger diskutiert wird¹⁶, scheint auch in kleineren Gemeinden die Ratsarbeit zu prägen. Somit ist auch die Durchdringung der Ratsarbeit mit den klassischen Elementen des parteipolitischen Wettbewerbs eine unerwartete Herausforderung für neue Ratsmitglieder.

Zeitliche Belastung sehr groß. Herausfordernder ist jedoch die immense Arbeitsbelastung, die mit einer Ratstätigkeit einhergeht. Im Vorfeld wird diese zeitliche Beanspruchung selten thematisiert oder deutlich unterschätzt. Denn neben dem sichtbaren Teil der Ratsarbeit, also vor allem den Rats- und Gremiensitzungen, ist vor allem der Zeitaufwand für die fachliche Mitwirkung immens. Wissen zu unterschiedlichen Themen und Sitzungspunkten muss erarbeitet, neue Themenkompetenzen müssen aufgebaut, und allgemeine politische Debatten müssen beobachtet werden. Neben den regelmäßig stattfindenden Sitzungen plus der jeweiligen Vorbereitung bedeutet das, kaum noch Zeit für andere Dinge zu haben. Denn Ratstätigkeit ist in der Regel ein Ehrenamt, geht also zu Lasten der Freizeit. Familie und Freundschaften müssen zurückstehen, Familienarbeit und Kinderbetreuung werden anderweitig aufgefangen. Ein Amt als Kommunalpolitiker/in kann auch Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis haben. Beides zu vereinbaren wird teilweise als schwierig beschrieben, wenn man eine Vollzeitstelle im Beruf bekleidet, da gerade in großen Gemeinden die zeitliche Belastung durch eine Ratstätigkeit faktisch mit dem Umfang einer den Beruf begleitenden Vollzeitbeschäftigung vergleichbar ist, und das über Jahre hinweg.¹⁷

Sichtbarkeit als eine massive Veränderung. Als entscheidende und einschneidende Veränderung wird beschrieben, plötzlich als eine Person des öffentlichen Lebens bekannt zu sein. Besonders deutlich wird dies bei den hier vorrangig befragten (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden. Die mit dem Amt einhergehende Bekanntheit und Sichtbarkeit als Politikerin bzw. Politiker und die daraus resultierenden Veränderungen werden häufig nicht erwartet. Der damit einhergehende Druck ist oft höher als vorher antizipiert. Die Kommunalpolitiker/innen stehen mit dem Engagement in der Kommunalpolitik unter einer anderen Beobachtung als zuvor und nehmen den anderen Blick der Öffentlichkeit auf ihre Person deutlich wahr. So wird in den Gesprächen von alltäglichen Situationen berichtet, die sich nunmehr verändern, etwa: Als Ratsmitglied wird man in der Bäckerei erkannt und kann (oder will) nicht mehr unrasiert

15 Egner u.a., 69ff; Holtmann u.a., 127ff.

16 Holtkamp, Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie; Stecker, Parteien und Fraktionsgeschlossenheit auf der kommunalen Ebene.

17 Müller, Die wahren Helden; Reiser, Zeitaufwand für das kommunalpolitische Ehrenamt.

oder im Jogginganzug seine Brötchen holen, man muss sich anders kleiden, Fehlritte sind kaum noch erlaubt, ohne dass davon Notiz genommen wird. Kurzum: Die Ratsmitglieder bemerken, als Person des öffentlichen Lebens wahrgenommen zu werden.

«Man ist dadurch natürlich eine öffentliche Person geworden. Also alles was man sagt, wird irgendwo auf eine Goldwaage gelegt. Und die Menschen hinterfragen das auch oft nicht. Man wird dann schon auch sehr in eine Schublade einsortiert. Ja und man ist halt schon häufig auch Angriffen ausgesetzt. Also das heißt, man ist halt einfach nicht mehr eine Privatperson, die ein Ehrenamt ausführt.» (West Mittel, Freie Wähler, weiblich)

Generalisierende Zuschreibung zur politischen Klasse. Die vielschichtigen Folgen der Sichtbarkeit werden oft unterschätzt. Zum einen sind mit ihr durchaus positive Erfahrungen verbunden, plötzlich überall erkannt und teilweise auch angesprochen zu werden, insbesondere, wenn positive Rückmeldungen von den Bürgerinnen und Bürgern kommen und etwa Lob für die gute Arbeit als Ratsmitglied ausgesprochen oder der politische Austausch für weitere Ideen in der Kommunalpolitik gesucht wird. Zum anderen führt die Sichtbarkeit aber auch zu negativen Erfahrungen, und das ist im Kontext dieser Studie der gewichtigere Punkt, wenn der Frust der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik stellvertretend an einer Person ausgelassen wird. Nicht selten nehmen Bürgerinnen und Bürger eine generalisierende Zuschreibung vor, wonach das ehrenamtliche Ratsmitglied dann als ebenso sichtbare wie erreichbare Vertretung der ‹politischen Klasse› fungiert. Immanent ist hierbei die negative Konnotation der politischen Klasse.¹⁸ Das kann dazu führen, dass sich Kommunalpolitiker/innen für Entscheidungen der Landes- oder Bundespolitik rechtfertigen müssen oder gar stellvertretend angefeindet werden. Abends in der Kneipe mit Freunden ist man nicht mehr nur Privatperson, sondern wird auf politische Entscheidungen in den repräsentativen Institutionen oder der entsprechenden Partei angesprochen und muss darauf reagieren. Diese Generalisierung wiegt als Herausforderung besonders schwer, wenn nach eigenem Verständnis die lokal ausgeübte Politik doch ‹nur› ein Ehrenamt ist und dieses von den Ratsmitgliedern selbst weniger als parteipolitische, sondern als kommunale Tätigkeit aufgefasst wird.

«Die ganzen negativen Kommentare, die sind häufig nicht auf die Person selbst bezogen, das geht ja eher auf die Partei oder die Institution, für die man steht oder dass man überhaupt Politiker ist in der heutigen Zeit.» (Ost-Klein, Linke, männlich)

¹⁸ Die negative Konnotation spiegelt sich gesamtgesellschaftlich in einem geringen Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen und insbesondere in die politischen Parteien (Bertelsmann Stiftung, Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien). Auf die negative Perzeption greift besonders die populistische Argumentation ‹wir hier unten› und ‹die da oben› zurück (siehe u. a. Detering).

Verschmelzen des Privatbereichs mit dem Politischen als besondere Herausforderung. Als eine weitere zentrale Herausforderung werden fehlende Möglichkeiten zur Trennung zwischen Privatem und Politischem beschrieben. Da das Mandat unmittelbar am Wohnort wahrgenommen wird, gibt es insbesondere in kleinen Gemeinden kaum Möglichkeiten, sich zurückzuziehen oder inkognito unterwegs zu sein. Die Bürger/innen wissen meist, wo die Mandatsträger/innen wohnen und kennen die Familie. Mangels Büroinfrastruktur dient oft die eigene Wohnung etwa als Büro für Bürgersprechstunden oder für die Fraktionstreffen. Die Sichtbarkeit vor Ort und den Privatbereich für das politische Amt zur Verfügung zu stellen, das sind für die Ratsmitglieder meist solange keine grundlegenden Probleme bis aus der ehrenamtlichen Tätigkeit Anfeindungen erwachsen. Denn dann ist sehr oft nicht mehr nur die eigene Person, sondern – verschärft durch die schwer vermeidbare Verschränkung von Kommunalpolitik, privatem Umfeld und gegebenenfalls Arbeitswelt – das direkte persönliche Umfeld weitreichend betroffen. Als eine besondere Belastung wird hier empfunden, wenn die eigenen Kinder die Folgen des politischen Engagements aushalten müssen und politische Anfeindungen massiv in den Privatbereich eindringen. Bei dieser stellvertretenden Vereinnahmung der engsten Familie ziehen viele Kommunalpolitiker/innen eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Schwierig wird es also, wenn das Amt und damit einhergehende Belastungen nicht nur Auswirkungen auf das eigene Leben, sondern auch negative Einflüsse auf die Familie oder den Bekanntenkreis haben. Der hohe Zeitaufwand für das Ehrenamt geht mit reduzierten Freizeitmöglichkeiten und weniger Zeit für Familie und Freunde einher. Mitunter wird von beruflichen Nachteilen und existenziellen Auswirkungen auf Selbstständige berichtet, wenn etwa dazu aufgerufen wird, ihren Betrieb aufgrund der politischen Einstellung zu meiden. In einem Einzelfall wendeten sich Freunde ab, da diese die politischen Werte des Betroffenen nicht teilen.

Insgesamt gilt: Gerade zu Beginn des politischen Ehrenamts sind Konfliktorientierung und Parteipolitisierung im Gemeinderat besondere Herausforderungen für Ratsmitglieder, die auch im weiteren Verlauf des Ehrenamts herausfordernd bleiben. Mit der Ratstätigkeit ist dabei nicht nur meist eine große Arbeitsbelastung verbunden, prägend ist vor allem die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, die viele Interviewten gerade in mittleren und kleineren Gemeinden überrascht und als besondere Situation bestehen bleibt. In Verbindung mit der starken Verschränkung von privater und politischer Sphäre und einer Zuschreibung der im Selbstverständnis ehrenamtlichen Ratsmitglieder zur «politischen Klasse» geht eine gewisse Grundbelastung einher, die jedoch grundsätzlich mit einer starken intrinsischen Motivation für die politische Nebentätigkeit getragen wird. Kommen zu diesem Kontext jedoch noch Anfeindungen hinzu, dann wird diese Grundbelastung als problematisch angesehen. Problemverschärfend wirkt dabei, dass in Vorbereitung auf die Übernahme des politischen Engagements durchaus die damit einhergehende Arbeitsbelastung thematisiert wird, mögliche Gewalterfahrungen im Vorfeld hingegen kaum ein Thema sind. Vermutlich sollen mögliche Ratsaspirant/innen nicht abgeschreckt werden. Konkret bezieht sich Vorbereitung auf das Amt fast ausschließlich auf den zu erwartenden Zeitaufwand, die Abläufe politischer Entscheidungen und die Aneignung von Wissen zu

unterschiedlichen Fachbereichen. Das Risiko beleidigt, bedroht oder sogar körperlich angegriffen zu werden, erwartet keiner.

Gleichwohl: Die Mehrheit der Gesprächspartner/innen ist sich bewusst, dass Pöbeleien und Beleidigungen schon immer Teil von Politik gewesen sind und es sich bei der verbalen Gewalt keineswegs um eine neue Erscheinung handelt. Allerdings, und dies dürfte nicht zuletzt mit den neuen medialen Kanälen und dort geführten Debatten verbunden sein, wird eine neue Quantität, vor allem aber auch Qualität der Anfeindungen wahrgenommen. Als neue Qualität wird dabei vor allem eine gesunkene Hemmschwelle gegenüber Beleidigungen und Bedrohungen genannt. Die Aggressivität im Umgang sei gestiegen und die Wertschätzung für (ehrenamtliche) Amtsträger/innen gesunken. Die Ehrenamtlichen haben den Eindruck, Kommunalpolitik habe sich in den letzten Jahren negativ verändert, auch im Rat selbst herrsche generell ein rauerer Ton. Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen würde weniger werden, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Diskussion nehme ab. Damit kommen hier die Polarisierung des Parteienwettbewerbs, der Trend einer populistisch bis menschenverachtend geprägten politischen Kommunikation und die auch empirisch beschriebene Zunahme politisch motivierter Gewalt¹⁹ im Unguten zusammen. Bemerkenswert ist dabei, dass gerade die Polarisierung und Fragmentierung der politischen Arena auch von AfD-Vertreter/innen beklagt werden – also von kommunalpolitisch Aktiven einer Partei, die als maßgeblicher Treiber dieser neuen Rhetorik verstanden werden kann.²⁰

«Die ganze Debattenkultur, die Diskussionskultur, alles hat sich sehr verschoben, und der Tonfall ist aggressiver geworden, das Verhalten untereinander ist aggressiver geworden. Wenn man versucht, mit den Leuten zu reden, man merkt schon, wie die einem gegenüberstehen, wie die anfangen zu diskutieren, und das dauert mitunter nicht lange, da reicht ein ganz simples, mitunter nur ein Wort, dann flippen die aus und werden ausfällig und werden aggressiv, mitunter handgreiflich.» (Ost-Mittel, Linke, weiblich)

«Früher als kleiner Junge war ich bei Stadtratssitzungen dabei, da haben die alten Herren sich mal gepflegt in der Stadtratssitzung öffentlich beleidigt, und danach ging es zum Tee trinken. Was immer man davon hält, das gibt es in der Form bei uns nicht mehr. Also quasi so diese persönliche Ebene, dass man überall miteinander sprechen kann, das gibt es nicht mehr.» (West-Mittel, Grüne, männlich)

19 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundeskriminalamt, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. In: bmi.bund.de, 28.05.2020.

20 Thoms/Pfalzgraf, Parlamentarische Provokationen; Seville, Vom Sagbaren zum Machbaren?; Detering.

5 Gewalterfahrungen

Das vorherige Kapitel illustriert die Motivation und grundsätzliche Herausforderungen von ehrenamtlich tätigen Ratsmitgliedern. Viele berichteten von einer prinzipiell großen Motivation, sich für ihre Gemeinde zu engagieren, zugleich aber von einer hohen Arbeitsbelastung, von fehlenden Abgrenzungsmöglichkeiten zwischen Privatbereich und Politikbetrieb, von einer gestiegenen öffentlichen Sichtbarkeit als «Politiker/in» und einem scharfen Umgangston (nicht nur) im Rat.

Zu diesen besonderen Arbeitsbedingungen und Herausforderungen kommen nun die subjektiven Gewalterfahrungen von ehrenamtlichen Ratsmitgliedern hinzu. Im Rahmen dieser Studie gab zunächst etwas über die Mehrheit der 288 erstkontaktierten Kommunalpolitiker/innen an, bisher *keine* Gewalterfahrungen erlebt zu haben. Damit liegt hier ein deutlich geringeres Ausmaß an Gewalterfahrungen vor als bei Bürgermeister/innen, von denen zwei Drittel in einer repräsentativen Umfrage von Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen berichteten.²¹ Dieses Ergebnis legt nahe, dass Gewalterfahrungen nicht völlig unabhängig von einem gewissen Prominentenstatus und der Sichtbarkeit der Politiker/innen sind. Denn in der Regel sind auf der kommunalen Ebene Bürgermeister/innen sichtbarer als andere Ratsmitglieder.

Welche subjektiven Gewalterfahrungen betroffene Kommunalpolitiker/innen gemacht haben, steht nun im Mittelpunkt dieses Kapitels. Es geht darum darzustellen, wie die Betroffenen die Gewalt erlebt haben. Hierfür werden die subjektiven Gewalterfahrungen bezüglich der verschiedenen Dimensionen von Gewalt – Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe – reflektiert. Dafür werden neben generellen bzw. geteilten Erfahrungen besondere Aspekte der Gewalterfahrungen herausgestellt, etwa den Zusammenhang zum Ort des politischen Engagements und die geschlechterbezogene Komponente von Gewalt.

Nahezu alle befragten Ratsmitglieder sind mit Beleidigungen als eine der zentralen Gewaltdimensionen konfrontiert. Herauszustellen ist, dass es nicht selten bei Beleidigungen bleibt. Gut die Hälfte der Kommunalpolitiker/innen berichtete über die zusätzliche Konfrontation mit weiteren Gewaltdimensionen. Dabei zeigt sich: Wer von den Befragten bedroht oder tätlich angegriffen wurde, wurde bereits vorher verbal beleidigt.

Subjektive Gewalterfahrungen variieren beträchtlich in abhängig vom Ort des politischen Engagements: In den kleinen Gemeinden spielen andere Erfahrungen eine Rolle als in den mittleren und großen Gemeinden. Alle befragten ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen aus kleinen Gemeinden gaben an, Beleidigungen zu

²¹ Erhardt, Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung.

erfahren, aber so gut wie nie mit Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen konfrontiert zu sein. Von Erfahrungen mit diesen Gewaltdimensionen berichteten hingegen vor allem Kommunalpolitiker/innen aus den mittleren und großen Gemeinden. Nahezu alle interviewten Kommunalpolitiker/innen aus den kleinen Gemeinden berichteten neben den Beleidigungen und Beschimpfungen von Begebenheiten, die Merkmale der sozialen Ausgrenzung tragen. Ferner zeigt sich, dass mit zunehmender Gemeindegroße Berichte über Angriffe aus dem persönlichen Umfeld seltener werden. Diese Ergebnisse unterstreichen insgesamt eine konträre Funktion von persönlicher Nähe und das Bekanntsein vor Ort: Einerseits scheinen sie einen gewissen Schutzmechanismus vor Gewalttaten mit sich zu bringen, die die sachliche oder körperliche Unversehrtheit bedrohen. Andererseits dringen die Konsequenzen des politischen Engagements stärker in den Privatbereich vor.

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen den befragten Kommunalpolitiker/innen aus den ost- und westdeutschen Gemeinden: Soziale Ausgrenzung als eingesetztes Mittel der politischen Auseinandersetzung erfuhren eher die Ratsmitglieder aus den westdeutschen als aus den ostdeutschen Gemeinden. Wiederum waren Erfahrungen mit Bedrohungen und tätlichen Übergriffen präsenter bei ostdeutschen Politiker/innen.

5.1 Beleidigungen

Das Wichtigste in Kürze

- Von Beleidigungen sind fast alle betroffen.
- Beleidigungen dienen der Abwertung der Betroffenen und betreffen verschiedene Ebenen.
- Je emotional aufgeladener Themen in der Gemeinde debattiert werden, desto wahrscheinlicher werden Beleidigungen.
- In Wahlkampfzeiten richten sich Aggressionen häufiger gegen die Politik im Allgemeinen.
- Kommunalpolitiker/innen sind Beleidigungen innerhalb und außerhalb des Gemeinderats ausgesetzt.

Berichten betroffene Kommunalpolitiker/innen von Gewalterfahrungen, dann sprechen fast alle von verbalen Beleidigungen. Beleidigungen weisen verschiedene Facetten auf und betreffen verschiedene Ebenen. Entweder greifen sie das klassisch populistische Antieliten-Argument auf und richten sich pauschal gegen <die Politik> und bezeichnen diese etwa als unfähig oder korrupt. Im Kontext solcher Beleidigungen werden lokale Politiker/innen letztlich unter die politische Klasse subsumiert. Oder Beleidigungen richten sich gegen die individuelle Person, wobei sie ihr Kompetenz absprechen, sie auf Basis von Sachpolitik beleidigen oder sie persönlich – das heißt ohne Sachbezug – angreifen oder verunglimpfen. Zu diesen Beleidigungen

gehören auch diskriminierende Aussagen beziehungsweise Hate Speech, die sexistische, ableistische, religiöse oder rassistische Inhalte haben.

All diese – auch aus anderen Ebenen der Politik bekannten – Facetten von Beleidigungen finden sich in der kommunalpolitischen Praxis und damit im Alltag der betroffenen Politiker/innen wieder. Dabei sind zwei Punkte bemerkenswert:

Erstens variiert die Häufigkeit von Beleidigungen zwischen den Interviewten stark. Manche erfahren ständig und über einen längeren Zeitraum Beleidigungen, andere erleben Beleidigungen eher als einmaliges Geschehnis. Insbesondere wenn Beleidigungen im Kontext eines konkreten Sachverhalts oder eines bestimmten Ereignisses geäußert werden, lässt sich mitunter eine Häufung über einen Zeitraum beobachten, während ansonsten kaum oder gar keine Beleidigungen erfahren werden. Insbesondere, wenn spezifische Anliegen Interessen der Bürger/innen einer Gemeinde besonders berühren und deshalb mit großer Emotionalität debattiert werden, sind tendenziell mehr Beleidigungen zu spüren. Auch während des Wahlkampfes nimmt die Intensität von Beleidigungen zu.

Zweitens lassen sich keine spezifischen Typen von Täter/innen ausmachen: Die Beleidigungen werden von unterschiedlichen Personen außerhalb wie innerhalb des Rats geäußert. Die Befragten berichten häufig von einem rauen und unsachlichen Ton, von Unterstellungen und Verleumdungen im Rat selbst. Beleidigungen betreffen somit sowohl das soziale Umfeld der Betroffenen als auch den innersten Raum des kommunalpolitischen Engagements. Dabei treten also nicht nur (fremde) Bürger/innen als Absender/innen auf, sondern auch Kolleg/innen.

«Bürger, die gegen die Eingemeindung waren, haben mich auf Facebook beschimpft. Ich habe anonyme Briefe erhalten. Es wurden Flugblätter im ganzen Ort über mich verteilt, in denen ich diskreditiert wurde. In schlimmster Art und Weise. Es gab Rücktrittsforderungen. Also es war unsäglich. Es wurden Zeitungsartikel gestreut. Es war mehr als ein Jahr, anderthalb Jahre, die für mich unerträglich waren. Für meine Familie und Eltern. Die wurden von den Nachbarn nicht mehr begrüßt.» (West-Mittel, Freie Wähler, weiblich)

5.2 Bedrohungen

Das Wichtigste in Kürze

- Knapp die Hälfte der interviewten Kommunalpolitiker/innen ist von Drohungen betroffen.
- Die Vermischung von Privatem und Ehrenamt ist hier besonders deutlich: Bedrohungen erreichen die Privatsphäre, wodurch häufig die Familie involviert wird.
- Bedrohungen, die auch die Familie betreffen, überschreiten für die Betroffenen eindeutig eine Grenze.

Knapp die Hälfte der interviewten Kommunalpolitiker/innen gibt an, von Drohungen betroffen zu sein. Es ist unterschiedlich, wie häufig die einzelnen Politiker/innen Drohungen erhalten, ob die Drohungen mit einem direkten Anlass (politisches Thema oder politische Aktivitäten) verbunden sind oder ob Drohungen über einen längeren Zeitraum wiederholend ausgesprochen werden.

Hauptsächlich werden zwei Formen von Drohungen erfahren: Gewaltandrohungen und Todesdrohungen und – davon abzugrenzen – mitunter auch die Drohung mit einer Zivilklage. In einigen Fällen wird der Radius der Bedrohung erweitert, indem in die Bedrohung Dritte einbezogen werden, insbesondere Familienangehörige oder andere Personen aus dem direkten privaten Umfeld der Kommunalpolitiker/innen.

Neben Drohungen, die konkrete Straftaten beschreiben, werden viele Drohungen als vage Anspielung ausgesprochen, sodass häufig noch kein justizialer Strafbestand besteht. Wenn jedoch Nachrichten an oder Aussagen gegenüber Kommunalpolitiker/innen Formulierungen beinhalten wie «man würde hoffen, dass die Kinder gut zur Schule kämen», oder «man wisse, dass der Ehemann morgen den ganzen Tag außer Haus arbeite», dann schwingt die Drohung im Subtext mit.

Es gibt verschiedene Kanäle, über die Drohungen, anonym oder nicht, ausgesprochen werden – von Telefon, über E-Mail oder Brief bis hin zum persönlichen Kontakt auf der Straße. Letzteres – also die direkt geäußerte Drohung von Person zu Person – kommt laut den hier ausgewerteten Erfahrungsberichten wesentlich seltener vor als Drohungen über die anderen Kommunikationskanäle. Häufig werden die Drohungen den Kommunalpolitiker/innen über ihre privaten Kontaktmöglichkeiten zugestellt, d.h. über private E-Mail-Adressen oder Telefonanschlüsse.

Eine große Unsicherheit bleibt bei den Bedrohungen, da diese meist unter dem Deckmantel der Anonymität erfolgen. Oft stellen die Drohungen dieses asymmetrische Machtverhältnis bewusst heraus («Wir wissen, wo du wohnst!»), während die/der Absender/in der Drohung anonym bleibt und sich deshalb Täter/innen von bedrohlichen E-Mails, Briefen oder Anrufen nur schwer ermitteln lassen.

«Ich habe mehrere Arten von Drohungen bekommen: Zum einen über Facebook von Fake-Accounts, deren E-Mail-Adressen nicht zurück verfolgbar sind, da man sogenannte 30-Minuten-Emailadressen verwendet hat, die gleich wieder weg sind. Und ich habe mit Schreibmaschine geschriebene Briefe ins Rathaus bekommen. Es gab eine DNA-Spur, die war aber nicht im System der Polizei. Das heißt, ich kann leider niemanden von denen auffinden, die mich in den letzten dreieinhalb Jahren bedroht haben.» (West-Groß, Wählergemeinschaft, männlich)

Drohungen wirken meist auf die Betroffenen auf mehreren Ebenen: Zunächst wirkt direkt die Androhung von konkreter tätlicher Gewalt. Gleichzeitig wirkt der Vorgang der Drohung als ein Gewaltakt, indem durch die Nutzung der Privatadresse, der privaten Handynummer oder E-Mail-Adresse die Privatsphäre der Betroffenen maßgeblich verletzt wird. Dieses direkte Eindringen in den Privatbereich hängt unmittelbar mit den Arbeitsbedingungen von ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen zusammen.

Anders als bei Hauptamtlichen gibt es in den meisten Fällen keine Trennung zwischen Privatem und Ehrenamt, letztlich wird der private Raum gleichzeitig als «Büro» für einen wesentlichen Teil die Gemeindegarbeit bereitgestellt. Somit fehlen professionelle Barrieren für Bedrohungen. An dieser Stelle wird sehr deutlich, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker/innen durch die Verschmelzung von Privatleben und Öffentlichkeit besonders vulnerabel sind. Gerade weil den Kommunalpolitiker/innen im Vorfeld der Mandatsübernahme nicht klar ist, welche negativen Konsequenzen sich aus dieser Verschmelzung ergeben können, empfinden diese die allermeisten als tiefen Einschnitt in das Privatleben und erleben eine Grenzverletzung.

«Meine Nummer ist meine Privatnummer. Und in dem Moment, wo mich jemand anruft, landet der auf meiner privaten Nummer. Ich habe damals auch die öffentliche Festnetznummer ändern lassen, weil das dann einfach irgendwann nicht mehr ging. Ich hatte einfach auch Angst, dass in der Zeit, wo ich nicht zu Hause bin, meine Kinder mal ans Telefon gehen oder irgendetwas.» (Ost-Mittel, Kleinpartei, weiblich)

5.3 Tätliche Übergriffe

Das Wichtigste in Kürze

- Ein Drittel der interviewten Kommunalpolitiker/innen ist von tätlichen Übergriffen betroffen.
- Die besondere räumliche Nähe von Kommunalpolitiker/innen zu Bürger/innen wird hier besonders deutlich. Zudem verfügen sie im Vergleich zu Politiker/innen von Bund und Land über keine Begleitung oder Schutz.

Ungefähr ein Drittel der Studienteilnehmer/innen berichtete von tätlichen Übergriffen. Darunter fallen Sachbeschädigung und körperliche Übergriffe. Personen, die tätlichen Übergriffen ausgesetzt sind, erfahren nicht selten auch verbale Gewalt, insbesondere in Form von Beleidigungen.

Hauptsächlich berichten die Kommunalpolitiker/innen von Sachbeschädigungen, wie eingeschlagene Fenster, zerstoebene Reifen, die Beschädigung oder das Entfernen von Wahlplakaten. Seltener kommen körperliche Übergriffe wie Prügeleien, Rangeleien und starke Körperverletzung sowie Sachbeschädigungen vor, die fahrlässig starke Verletzungen von Menschen in Kauf nehmen. Hier zeigt sich die verschärfte Situation während Wahlkampfzeiten. Häufig findet Gewalt direkt am Wahlkampfstand statt.

Im Vergleich zu Politiker/innen auf Bundes- und Landesebene, sind Kommunalpolitiker/innen näher an den Bürger/innen und meist ohne Begleitung oder besonderen Schutz. Diese Umstände verschärfen die Situation. Denn Kommunalpolitiker/innen werden in ihrem Wahlkreis in der Regel schon als solche erkannt und können

folglich leichter einer bestimmten Partei oder thematischen Positionen zugeordnet werden. Letzteres kann eine mögliche Ursache für Gewalterfahrungen sein, worauf im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird.

5.4 Frauen in der Kommunalpolitik: Andere Gewalterfahrungen

Das Wichtigste in Kürze

- Frauen sind in der Kommunalpolitik zahlenmäßig immer noch deutlich unterrepräsentiert.
- Kommunalpolitikerinnen werden häufig gezielt als Frauen angegriffen und sind besonders von sexualisierter verbaler Gewalt betroffen.
- Die Arbeitsbedingungen von Kommunalpolitikerinnen unterscheiden sich von denen ihrer männlichen Kollegen.
- Um Kommunalpolitikerinnen besser vor Gewalt zu schützen, braucht es geschlechtsspezifische Strategien.

Es gibt immer noch viel weniger Frauen als Männer in der Kommunalpolitik: Laut aktuellen Daten werden weniger als ein Drittel der kommunalen Mandate von Frauen getragen.²² Das Problem der niedrigen und vulnerablen deskriptiven politischen Repräsentation wird womöglich noch verschärft, wenn besondere Gewalterfahrungen hinzukommen. Deshalb widmet sich die Studie in diesem separaten Abschnitt den Gewalterfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und geht auf die aus ihrer Sicht wahrgenommenen besonderen Arbeitsbedingungen für Frauen in Gemeinderäten ein.

Grundsätzlich sind die Kommunalpolitikerinnen den drei Gewaltdimensionen gleichermaßen ausgesetzt wie ihre männlichen Amtskollegen: Beleidigungen, Drohungen und tätliche Übergriffe gehören zu den Gewalterfahrungen mit einer vergleichsweise leicht höheren Konfrontation mit Drohungen. Der entscheidende Unterschied in den Gewalterfahrungen liegt darin, dass die verbale Gewalt bei über der Hälfte der Betroffenen auch sexualisierte Gewalt umfasst. Bei den Kommunalpolitikern spielt dies nahezu keine Rolle. Sexualisierte verbale Gewalt meint hier geschlechtsbezogene und sexualisierte Beleidigungen. Die Kommunalpolitikerinnen berichten oft von solchen Beleidigungen, durch die sie gezielt als Frau angesprochen, abgewertet und angegriffen werden. Diese Beleidigungen spiegeln mitunter traditionelle Rollenvorstellungen und die damit implizierte Sphärentrennung von Privatem und Öffentlichem. Demnach würden Kommunalpolitikerinnen nicht in die Öffentlichkeit, sondern an den Herd gehören. Daran zeigt sich, dass Politik innerhalb der

²² Im Durchschnitt sind nur 27,7% der kommunalen Vertretungen, den Kreistagen und Gemeinderäten weiblich besetzt. Aus: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. In: bmfjsf.de, 30.11.2020.

Gesellschaft teilweise noch als männlich codiertes Feld gilt – und Frauen als Abweichung von einer gewünschten Norm wahrgenommen werden. Auf Basis dieses wahrgenommenen Normbruchs könnten Frauen ‹begründet› angegriffen und beleidigt werden. Neben dieser Art von Beleidigungen kommen auch sexualisierte Beleidigungen vor, die auf diffamierende Weise auf das Sexualleben der Kommunalpolitikerinnen anspielen.

Frauen mit Migrationshintergrund erleben oftmals verbale Gewalt mit einer zusätzlichen Komponente. Neben sexistischen Beleidigungen werden sie noch mit Rassismus konfrontiert.

«Es gibt ganz viele Facetten. Das reicht von Stammtischparolen aus so einem Stammtischgeschwätz und irgendwelchen leichtfertigen oder diskriminierenden Bemerkungen, zum Beispiel gegen mich als Frau. Dass sie zum Beispiel sagen: Was mischst du dich hier ein? Geh heim an deinen Herd. Und die Region, aus der ich komme, ist noch sehr patriarchalisch geprägt. Da machen halt die Männer die Arbeit oder nehmen verantwortungsvolle Positionen ein. Und die Frauen bleiben traditionell eher zu Hause.» (Ost-Mittel, andere Partei, weiblich)

«In böartigen Facebook-Kommentaren stehen Sachen wie: «Die Alte müsste mal wieder ordentlich durchgefickt werden, dann wäre die auch entspannter.» (Ost-Mittel, Grüne, weiblich)

Zusätzlich zu den Gewalterfahrungen stellen die interviewten Kommunalpolitikerinnen erschwerte Arbeitsbedingungen in den Gemeinderäten heraus. Sie beklagen, im Rat teilweise nicht ernst genommen und als weniger kompetent als die männlichen Kollegen eingeschätzt zu werden. Es herrscht oft nach wie vor das ‹Platzhirschprinzip›: Wichtige Aufgaben werden eher unter den männlichen Ratsmitgliedern ausgetauscht oder weitergegeben, unbeliebte Aufgaben werden eher weiblichen Ratsmitgliedern übertragen. Die Kompetenz, eine Führungsposition zu übernehmen, wird Kommunalpolitikerinnen aufgrund ihres Geschlechts vereinzelt abgesprochen.

Die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen des kommunalen Ehrenamts zu verbessern (insbesondere die hohe Arbeitsbelastung), wird von vielen Kommunalpolitiker/innen gesehen. Wird jedoch die Problematik der Kinderbetreuung während der Gemeinderatssitzungen und weiterer mit dem Mandat verbundenen Aktivitäten als eine dazu zählende Baustelle thematisiert, dann wird dies teilweise von männlichen Ratsmitgliedern als unwichtig abgetan. Mehr oder weniger offen wird in den Diskussionen ausgesprochen, dass die Hauptverantwortung hierfür bei den Frauen läge.

Auch wenn Strategien und Implikationen für den Umgang mit Gewalterfahrungen weiter unten ausführlich thematisiert werden (siehe Kapitel 7 und 8), werfen wir an dieser Stelle bereits einen Blick darauf, wie Kommunalpolitikerinnen mit den angesprochenen Situationen umgehen. Teilweise gibt es Versuche von Kommunalpolitikerinnen, diese Problemlagen zu benennen und anzugehen. So wurde in einzelnen Gemeinden ein Frauenstadtrat initiiert, um sich fraktionsübergreifend in einem

geschützteren Rahmen auszutauschen und zu solidarisieren. Dabei tauscht man sich mitunter über sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt oder die Rolle von Frauen in der Kommunalpolitik aus. Ferner werden gemeinsam Strategien entwickelt und vermittelt, wie man sich gegenüber männlichen Kommunalpolitikern durchsetzen kann, wenn nicht sachpolitische Argumente die politische Auseinandersetzung prägen, sondern geschlechterbezogene Stereotype politische Handlungen und Diskurse durchsetzen.

6 Diskussion über wahrgenommene Ursachen von Gewalt

Das Wichtigste in Kürze

- Bei den wahrgenommenen Hintergründen und Ursachen von Gewalt greifen keine mono-kausalen Erklärungen.
- Diese lassen sich nur mit einem Blick auf verschiedene Ebenen von der generellen gesellschaftlichen Entwicklung, der Situation im Rat bis zu dem individuellen Agieren der Kommunalpolitiker/innen erfassen.
- Die wahrgenommenen Hintergründe und Ursachen unterscheiden sich kaum in Bezug auf die drei Gewaltdimensionen. Allerdings wird bei tätlichen Übergriffen häufig das Engagement oder das Beziehen einer klaren Stellung gegen rechts genannt.

Die Auseinandersetzung mit Hintergründen und Ursachen erfahrener Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen ist in mehrfacher Hinsicht zentral für das kommunalpolitische Engagement: Als erstes bietet es den Betroffenen Ansatzpunkte für potenzielle Strategien, wie mit den Gewalterfahrungen im politischen Alltag umgegangen werden kann. Als zweites kann der gesellschaftliche Diskurs über Gewaltdimensionen im politischen Alltag daran anknüpfen und Implikationen für das politische Miteinander ableiten.

Mittels eines explorativen Ansatzes konnte erfasst werden, welche Hintergründe und Ursachen die Betroffenen für die erfahrene Gewalt als auch die neue Qualität an Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Übergriffen sehen. Grundsätzlich nehmen die Kommunalpolitiker/innen ein Portfolio an Hintergründen für die Gewalterfahrungen wahr. Selten greifen also für den/die einzelnen Interviewten monokausale Erklärungen, vielmehr werden verschiedene Aspekte als relevant wahrgenommen. Kennzeichnend ist hierbei, dass Ursachen auf unterschiedlichen Ebenen verortet werden: Gewalterfahrungen werden auf generelle gesellschaftliche Entwicklungen zurückgeführt, aber auch auf konkrete Ereignisse in der Gemeindepolitik und das individuelle Agieren der Kommunalpolitiker/innen im öffentlichen politischen Leben.

Gesellschaftliche Polarisierung. Eine als zentral wahrgenommene Ursache ist die gesellschaftliche Polarisierung, also jene gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen,

die zunehmend Klüfte innerhalb der Gesellschaft offenlegen bzw. verstärken und sich in einer politischen Polarisierung niederschlagen. In diesem Kontext nehmen die Interviewten bei der Betonung von gegensätzlichen politischen Haltungen durchaus einen raueren Ton in den politischen Auseinandersetzungen wahr. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass in der (politischen) Kommunikation zusätzlich die Rolle von Gewalt gestiegen ist und damit Beleidigungen und Bedrohungen zugenommen haben. Ganz konkret werden häufig die Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas mit dem Eintritt der AfD in die Politik in Verbindung gebracht.

Die damit einhergehende Veränderung der politischen Kultur und Kommunikation wird als zentrales Momentum wahrgenommen, das zu einer größeren Distanz und einer Ablehnung von Politik durch Bürger/innen, zu einer Verschiebung des Sagbaren und zu einer gewissen gesellschaftlichen Enthemmung geführt habe. Vereinzelt wird dezidiert auf die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hingewiesen und betont, dass sich seitdem ein verschärftes Klima in der Bevölkerung und in den Gemeinderäten etabliert hätte. Zunehmende Unsachlichkeit und persönliche Übergriffe im politischen Alltag seien die Folgen und die gestiegene Polarisierung in Gemeinderäten bei Einzug von Kommunalpolitiker/innen der AfD hat die Basis für die konkrete gemeindepolitische Sachpolitik erschwert.

Im Ganzen verdeutlichen diese Eindrücke der Lokalpolitiker/innen, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen und politische Kultur nicht auf ein weit von den Bürger/innen entferntes gesellschaftliches Konstrukt beziehen, sondern sich direkt vor Ort spiegeln. So prägte z. B. die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 das gesamte Land²³ – bis hin zur kommunalen Ebene. Eine veränderte politische Kommunikation zeigt sich dann auch in einem veränderten lokalen politischen Klima – bei Bürger/innen und im Gemeinderat. Letzteres bedeutet, dass die nachweislich veränderte politische Kommunikation in Landesparlamenten und im Bundestag mit Einzug der AfD²⁴ in den Gemeinderäten analog wahrgenommen wird.

«Seit die AfD im Parlament ist, hat sich einfach die Stimmung geändert, es ist eine Aggressivität und Unsachlichkeit in die Debatten gekommen und persönliche Angriffe, Beleidigungen. Gerade bis Mai hatten wir so eine Legislatur, in Ausschüssen, in denen bestimmte AfD-Stadträte waren, war das einfach gang und gäbe, dass da auch beleidigt und zwei bis drei Mal im Jahr bedroht wurde.» (West-Groß, Wählergemeinschaft, männlich)

«Also über das Wahlgemeinde-Postfach als Grüne bei uns, über meine Facebook-Seite, da war alles dabei. Keine Ahnung, «Grüner Kinderficker» und «Erhäng dich, erschieß dich, wir kriegen deine Kinder, ich weiß wo du wohnst». Einfach alles.» (West-Mittel, Grüne, männlich)

²³ Große, Deutschland und die Flüchtlinge: Wie 2015 das Land veränderte.

²⁴ Thoms/Pfalzgraf, Parlamentarische Provokationen; Maier, «Salz in der Suppe» oder «Klimakiller»? Empirische Befunde zum Wandel der parlamentarischen Streitkultur nach dem Einzug der AfD in die deutschen Landtage; Ruhose, Die AfD im Deutschen Bundestag.

Situationen und Themen. Neben generellen gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen die Kommunalpolitiker/innen im hohen Maße konkrete Ereignisse und Situationen im politischen Wettbewerb und das Engagement für spezifische politische Themen als Ursachen für Gewalterfahrungen wahr.

Zunächst wird die *Phase des Wahlkampfes* als ein Kontext identifiziert, indem Kommunalpolitiker/innen häufiger Gewalt erfahren, insbesondere Beleidigungen und Anfeindungen, aber auch Bedrohungen. Dies ist zunächst auf den besonderen Umstand zurückzuführen, dass Kommunalpolitiker/innen besonders während des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit stehen: Sie zeigen sich auf Plakaten bei den Kommunalwahlen oder stehen an den Wahlkampfständen (nicht nur bei den Kommunalwahlen) zu politischen Themen Rede und Antwort. Vor dem Hintergrund der hohen Sichtbarkeit von Kommunalpolitiker/innen geben viele Interviewte an, in dieser Phase erstmals mit Gewalt konfrontiert zu sein, vor allem mit Beleidigungen. Hinzu kommt, dass mit einer größeren Politisierung der Gesellschaft während der Wahlkampfphasen vor Ort häufig eine stärker emotional aufgeheizte Stimmung wahrgenommen wird. Abneigungen und Vorbehalte gegen bestimmte Parteien treten häufiger zu Tage und spiegeln sich etwa in direkten Beleidigungen an Wahlkampfständen der Kommunalpolitiker/innen oder in der Zerstörung von Wahlplakaten. Verstärkend für Beleidigungen und Bedrohungen wirkt hier die generalisierte parteipolitische Zuschreibung, d.h. Kommunalpolitiker/innen stehen stellvertretend für die Landes- oder Bundespolitik der eigenen Partei und müssen im Rechtfertigungsmodus für inhaltliche Positionen der Landes-/Bundesregierung agieren, auch wenn gerade «nur» Kommunalwahl ist.

Auch der Einsatz für *bestimmte Themen* wird häufig als Hintergrund von erlebten Gewalterfahrungen angeführt. Themen als unmittelbarer Anlass für Gewalt sind recht breitgefächert. Als besonders markant kristallisieren sich aber hierbei der Einsatz gegen Rechtsextremismus und für Geflüchtete sowie das Engagement für umweltpolitische Themen wie etwa das Glyphosat-Verbot und der Ausbau der Windkraft heraus. Bezüglich der umweltpolitischen Themen stellt sich als auffällig dar, dass insbesondere Glyphosat und Windkraft in kleineren Gemeinden zu kontroversen Themen werden können. Hier berühren derartige politische Entscheidungen stärker und direkter die Interessen und das Lebensumfeld der Anwohner/innen als etwa in größeren Städten. Mitunter wird in den Gemeinden oder sogar im Rat heftig und emotional über diese Themen diskutiert – vereinzelt mündet dies in Beleidigungen und Bedrohungen von Personen, die sich für ein Verbot von Glyphosat oder den Ausbau der Windenergie einsetzen. Berichteten Kommunalpolitiker/innen im Rahmen dieser Studie von tätlichen Übergriffen, dann stehen diese vor allem im Zusammenhang mit ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus oder für Migration. Ferner nehmen die Betroffenen wahr, dass aktive rechte Netzwerke vor Ort oder die Vertretung von rechtsorientierten Parteien respektive Wählergruppen zu einer Häufung von Drohungen führen.

«Es wurden Wahlplakate aufgehangen, in denen jeder, der für Windräder ist, als Mörder bezeichnet wurde. Und das ging auch soweit, es gibt ja diesen Film, Chucky die Mörderpuppe, wo dieser Kopf abgerissen ist, das Plakat, das hing vor einem Kindergarten bei uns. Jeder, der Windräder wählt, der ist ein Mörder. Der bringt unsere Kinder um.» (West-Klein, SPD, männlich)

Auch *die politische Kultur und der Kommunikationsstil im Gemeinderat* werden als wichtiger Kontext für Gewalterfahrungen herausgestellt. Wie auch aus anderen Lebensbereichen bekannt, beinhalten im Rat geführte Diskussionen über sachpolitische Anliegen eine emotionale Komponente. Kombiniert mit dem Sog parteipolitischer Wettbewerbslogik und den Machtfragen im Rat sind konsequenterweise die Diskussionen durchaus stark mit einem rauerem Ton flankiert. Der Schritt zum Gebrauch und zur Akzeptanz von Beleidigungen und Drohungen wird in diesen Auseinandersetzungen als nicht mehr groß wahrgenommen. Das Engagement von Kommunalpolitiker/innen für bestimmte politische Angelegenheiten führt also auch unter «Arbeitskolleg/innen» im Gemeinderat zu verbaler Gewalt. Die Hintergrundgespräche legen offen, dass mit Einzug der AfD in die Gemeinderäte eine veränderte Qualität respektive eine Zunahme der verbalen Gewalt wahrgenommen wird, diese Gewalt jedoch auch in Gemeinderäten ohne AfD-Vertretung ein Problem darstellt.

Generalisierende Zuschreibung zur Partei. Im Zusammenhang mit der Wahlkampfphase wurde bereits auf die generalisierende parteipolitische Zuschreibung verwiesen. Konkret zeigt sich an den Wahlkampfständen, dass die Bürger/innen nicht immer unterscheiden zwischen Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie zwischen Partei und Mandatsträger/innen. Vielmehr werden die verschiedenen Entscheidungsträger/innen und Institutionen oft als «die Politik» wahrgenommen. Problematisch ist diese Verschmelzung vor allem dann, wenn ihr das klassische populistische Argument wie «Wir hier unten gegen die da oben» zugrunde liegt oder mit einem Misstrauen gegenüber politischen Parteien einhergeht. Diese generalisierende Zuschreibung zu einer Partei wird nicht nur von Bürger/innen vorgenommen. Auch in den Gemeinderäten spielt der Parteienwettbewerb eine zunehmende Rolle und schlägt sich in einer entsprechenden Politisierung der Gemeindepolitik nieder: Pauschalisierende Abwertungen, Beleidigungen oder Ausgrenzungen erfolgen aufgrund einer bestimmten Parteizugehörigkeit.

Politisches Amt gekoppelt mit Prominentenstatus. Mit dem politischen Amt geht ein gewisser Prominentenstatus einher, der bislang vornehmlich mit Politikerinnen und Politikern auf der Landes- und Bundesebene in Verbindung gebracht wird, sich aber bereits schon auf der kommunalen Ebene zeigt. Der Prominentenstatus wird als ursächlich für Gewalterfahrungen in unterschiedlicher Weise gesehen. Mitunter berichten die befragten Fraktionsvorsitzenden von dem Eindruck, im Gemeinderat häufiger Beleidigungen durch Amtskolleg/innen ausgesetzt zu sein als andere Mitglieder ihrer Fraktion. Hier nehmen sie wahr, aufgrund dieser Position stärker im Mittelpunkt zu stehen und deshalb stellvertretend für die gesamte Fraktion der verbalen

Gewalt ausgesetzt zu sein. Bekanntheit von Kommunalpolitiker/innen entsteht ferner über das Auftreten in der Öffentlichkeit – sei es aufgrund selbst initiiertes oder besuchter (politischer) Veranstaltungen oder der Präsenz in der regionalen Presse. Treten Politiker/innen auf diese Weise öffentlich sichtbar auf und stehen offen für ihre Überzeugung ein, bietet diese gesteigerte Sichtbarkeit eine größere Angriffsfläche.

Soziale Medien als flankierendes Instrument. Beleidigungen finden auf verschiedenen Kanälen statt – oftmals wird eine Person sowohl online als auch offline beleidigt. Während offline etwa die bereits erwähnten Wahlkampfstände die Sichtbarkeit der Kommunalpolitiker/innen erhöhen und so Gelegenheitsräume für Beleidigungen eröffnen, scheinen Kommentarbereiche unter Online-Artikeln oder auf Social-Media-Plattformen diese Rolle online zu erfüllen. Die Befragten werden allerdings online nicht häufiger beleidigt als offline – meistens kommen die Beleidigungen online zusätzlich zu den Beleidigungen offline hinzu.²⁵

Soziale Medien werden von den Kommunalpolitiker/innen also weniger als eigenständiger Anlass oder Grund von Gewalt wahrgenommen, sondern als weiterer Kanal, der sich durch eine direktere und vor allem sich verstärkende Form der aggressiven Kommunikation auszeichnet. Zusätzlich fallen Beleidigungen online nicht unbedingt häufiger, aber in höherer Frequenz: Die Kommunalpolitiker/innen vermuten, dass sich Täter/innen in der Anonymität sicherer fühlen und die Hemmschwelle, in eine persönliche Auseinandersetzung mit einer anderen Person zu treten, deutlich niedriger ist. Die Konsequenzen der eigenen Handlung seien abstrakter und daher bislang weniger greifbar. Einige Kommunalpolitiker/innen vermuten sogar, dass eine spezifische Online-Diskurskultur den Rahmen für Beleidigungen und Bedrohungen setzt und diese mit produziert.

Kurzum, die betroffenen Kommunalpolitiker/innen nehmen verschiedene Ursachen für die Gewalterfahrungen und letztlich der stärkeren Präsenz von Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Übergriffen wahr. Die vermuteten Ursachen werden auf unterschiedlichen Ebenen verortet und werden in Teilen als gemeinsam wirkend wahrgenommen. Grundsätzlich stellt die gesellschaftliche Polarisierung mit rauerer und aggressiveren Kommunikationsformen und einer gestiegenen Polarisierung des Parteienwettbewerbs den zentralen Kontext. Flankierend bieten Soziale Medien eine Kommunikationsplattform, werden aber nicht als Auslöser für Beleidigungen und Bedrohungen gesehen. Des Weiteren werden die Politisierung und die parteipolitische Polarisierung kombiniert mit einer negativen Konnotation der politischen Klasse als ursächlich für Gewalterfahrungen wahrgenommen. Also jene Komponenten, die den politischen Populismus kennzeichnen. Und schließlich bieten die individuelle Prominenz als Politiker/innen und das Entstehen für bestimmte Themen und Positionen aus Sicht der Kommunalpolitiker/innen Angriffsflächen für soziale Ausgrenzung, Beleidigungen, Bedrohungen oder tätliche Übergriffe. Daraus ergibt sich ein

²⁵ Umfrage über Gewalterfahrungen von Report München und Kommunal im Juni 2019 zeigt: 50% der Bürgermeister/innen werden über soziale Netzwerke beleidigt oder bedroht, 49% per Brief/Fax, 47% in Gesprächen mit Bürger/innen, 29% auf Veranstaltungen. Aus: Erhardt, Christian: Hasswelle Kommunalpolitik – Aus Hetze werden Taten.

Paradoxon, denn immanent ist dem politischen Wettbewerb ja gerade, dass Parteien und Politiker/innen mit ihren Themen und eingenommenen Haltungen sichtbar sein müssen – andernfalls können Wähler/innen kaum Übereinstimmungen mit eigenen Überzeugungen feststellen oder Unterschiede im politischen Angebot wahrnehmen.

Grundsätzlich werden die diskutierten Ursachen mit allen drei Gewaltdimensionen in Verbindung gebracht. Für die tätlichen Übergriffe wird jedoch besonders die gesellschaftliche Polarisierung als ursächlich angesehen. Auch regional variieren die wahrgenommenen Ursachen von Gewalterfahrungen leicht. Kommunalpolitiker/innen aus den ostdeutschen Gemeinden stellen stärker gesellschaftliche Polarisierung und die generalisierende Zuschreibung zu einer Partei als Hintergründe für die politisch motivierte Gewalt heraus. Diese Wahrnehmungen verwundern kaum, wenn die landespolitischen Entwicklungen berücksichtigt werden. Bedingt durch eine stärkere AfD in den ostdeutschen Landesparlamenten als in den westdeutschen Landtagen ist das politische Umfeld der ostdeutschen Kommunalpolitiker/innen deutlicher polarisiert. Entwicklungen auf der gesellschaftlichen Ebene (Polarisierung; Soziale Medien) und Aspekte des individuellen politischen Handelns (Engagement für spezifische Themen gekoppelt mit Prominenz) werden stärker von Personen aus den kleinen Gemeinden als Ursachen herausgestellt. In großen Gemeinden erscheint hingegen die generalisierende Zuschreibung zur Partei als ursächlich für Gewalterfahrungen.

7 Persönlicher Umgang mit und angewandte Strategien gegen Gewalterfahrungen

Langfristig ist für das politische Ehrenamt in Gemeinden und Kommunen entscheidend, wie die Politiker/innen mit den Gewalterfahrungen umgehen. In den Interviews wurde deshalb genau das vertiefend reflektiert. Des Weiteren war wichtig, welche Gegenstrategien sie als Antwort auf die Gewalt wählen.

Maßgeblich ist in diesem Zusammenhang die subjektive Betroffenheit. So kann etwa verbales Herabsetzen einige Personen sehr hart treffen, während andere Personen dieselben Äußerungen als weniger schwerwiegend empfinden. Die Vielfalt in den ausgelösten Emotionen schlägt sich in variierenden Strategien im Umgang mit den Gewalterfahrungen nieder. Der Studie geht es an dieser Stelle darum, das Portfolio an Strategien vorzustellen, die die Betroffenen wählen bzw. in Betracht ziehen, um mit Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Übergriffen umzugehen.

Zunächst stehen den Kommunalpolitiker/innen zwei grundsätzliche Wege offen: entweder Lösungsansätze finden, die ermöglichen, das Amt fortzuführen, oder am Ende den Rückzug aus dem politischen Ehrenamt anzutreten. Aufgrund der hohen intrinsischen Motivation, sich für die Gemeinde politisch engagieren zu wollen, suchen alle Gesprächspartner/innen nach einem Umgang mit den Gewalterfahrungen, der die Fortsetzung des politischen Ehrenamts ermöglicht. Erst wenn die ausgelösten Belastungen als zu hoch wahrgenommen werden, wird der Rückzug von einigen Personen ernsthaft in Erwägung gezogen (siehe Abschnitt 7.4).

Anwendung finden unterschiedliche Ansätze für den Umgang mit Gewalt, die wie folgt klassifiziert werden:

- 1) individuelle Ansätze: ... setzen darauf, Erfahrungen überwiegend oder gar ausschließlich mit sich selbst auszumachen, oder binden den Bereich des Privaten wie Familie oder Freund/innen ein;
- 2) institutionelle Ansätze: ... greifen auf das professionell-politische Umfeld zurück und binden Akteur/innen ein wie z.B. politische und kommunale Akteur/innen (Rat, Fraktion oder Gliederungen der Parteiorganisation), die Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteur/innen;
- 3) öffentlichkeitsorientierter Ansatz: ... soll Öffentlichkeit herstellen und (mediale) Aufmerksamkeit für die Problematik erzeugen, um gesellschaftliches Bewusstsein für das Problem Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen zu schaffen;
- 4) justizieller Ansatz: ... strebt die strafrechtliche Verfolgung der erfahrenen Gewalt an.

Die Lösungsansätze variieren teilweise je nach Gewalterfahrung. Deshalb werden nachfolgend die persönlichen Reaktionen auf Gewalt und der gewählte Umgang entlang der Dimensionen Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe vorgestellt.

7.1 Umgang mit Beleidigungen

Das Wichtigste in Kürze

- Beleidigungen belasten Kommunalpolitiker/innen unterschiedlich stark. Dies hängt von verschiedenen äußeren und subjektiven Faktoren ab.
- Häufig verfolgt von Beleidigungen betroffene Kommunalpolitiker/innen den individuellen Ansatz des «Ignorieren und Tolerieren».
- Der Austausch über Beleidigungen findet vor allem im privaten Umfeld und mit Fraktionskolleg/innen oder Amtskolleg/innen im Gemeinderat statt.
- Die Überlegung, erfahrene Beleidigungen öffentlich zu machen, stellt Betroffene häufig vor ein Dilemma.
- Von strafrechtlicher Verfolgung wird meistens abgesehen.

So vielfältig die Kontexte von Beleidigungen vor Ort sind, so einhellig sind sich die Kommunalpolitiker/innen zunächst in einer ersten Ratlosigkeit, wie sie mit Beleidigungen und den daraus resultierenden Ängsten umgehen sollen. Denn wie oben herausgearbeitet, treffen die Gewalterfahrungen die Kommunalpolitiker/innen zunächst völlig überraschend.

Es ist sehr unterschiedlich, wie persönlich mit Beleidigungen umgegangen wird. Einige Kommunalpolitiker/innen reagieren erschrocken und schockiert, die meisten hingegen reagieren eher gelassen, sofern Beleidigungen nicht eine gewisse Toleranzschwelle überschritten haben. Die meisten versuchen also, Beleidigungen nicht an sich herankommen zu lassen und sich ein «dickes Fell» zuzulegen und als einen individuellen Lösungsansatz «Ignorieren und Tolerieren» zu verfolgen. Es lässt sich daher vermuten, dass ein gewisses Maß an Anfeindungen von den Politiker/innen selbst «eingepreist» wird, solange es sich im Rahmen einer Toleranzschwelle bewegt.

Wo diese Schwelle zu verorten ist, definieren die Betroffenen unterschiedlich. Es hängt häufig davon ab, wie oft Beleidigungen vorkommen, wie sie ausgesprochen werden und ob diese «unter die Gürtellinie» gehen, was also angesprochen wird. Wenn nicht die Sachpolitik kritisiert oder Kompetenz in Frage gestellt wird, sondern Politiker/innen als Menschen persönlich abgewertet werden, wiegen die Beleidigungen für Betroffene schwerer. Beleidigungen können so als sehr starke Belastung empfunden werden, mitunter sogar stärker als konkrete Bedrohungen (vgl. 5.1). Dies ist vor allem dann der Fall, wenn Beleidigungen permanent ausgesprochen oder zum systematischen Mobbing genutzt werden. Auch Beleidigungen innerhalb des Rats oder der eigenen Fraktion wiegen für die Betroffenen häufig schwerer als Beleidigungen von

«außenhalb». Besonders schwierig ist es, mit Beleidigungen umzugehen, wenn diese aus der eigenen Fraktion kommen, weil hier eigentlich Zusammenhalt herrschen und geteilte Werte und Einstellungen gelebt werden sollten.

«Damals gab es diese Drohungen, die hörten dann auf. Schlimmer fand ich die ganzen Beleidigungen über fünf Jahre von AfD-Kollegen. Im Sozialausschuss saß ich ja fünf Jahre direkt neben einem. Und diese Dauerbeleidigungen, das ist nicht schön.» (West-Groß, FDP, weiblich)

Daneben spielt auch der örtliche Kontext eine Rolle. Gerade in kleinen Gemeinden haben Beleidigungen Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen. Ein Politiker einer freien Wählergemeinschaft erzählte beispielsweise, dass er nach Beleidigungen und Verleumdung wegen bestimmter politischer Beschlüsse mit den Täter/innen nicht mehr normal interagieren konnte, obwohl es in einem kleinen Ort unumgänglich sei, sich zu begegnen. Damit konnte er weder sein persönliches noch sein politisches Leben wie gewohnt weiterführen.

Es zeigte sich – und diese subjektive Perspektive verfolgt folglich diese Studie –, dass die Kommunalpolitiker/innen die Schwere der Beleidigung verschieden empfinden und einschätzen. Wie verletzend und schlimm eine Beleidigung empfunden wird, hängt von der subjektiven Sicht der Betroffenen ab. Die Kommunalpolitiker/innen begründen dies zweierlei: So berichten einige von einer Abhärtung, es gehöre fast schon zum «Berufsbild» dazu, beleidigt zu werden. Weiterhin verlieren neben den erlebten Bedrohungen und teils tätlichen Übergriffen die Beleidigungen an relativer Bedeutung.

Gleichwohl, eines ist bemerkenswert: Für keine/n der befragten Kommunalpolitiker/innen stellen Beleidigungen einen Grund dar, ihr Amt aufgeben zu wollen. Hier überwiegen offenbar die intrinsische Motivation, das Pflichtgefühl und die Gesamtbilanz des Engagements. Einschränkend muss hier jedoch bemerkt werden, dass nur mit Kommunalpolitiker/innen gesprochen wurde, die noch im Amt sind. Dennoch, spurlos gehen auch hier die Anfeindungen nicht an den Politiker/innen vorbei. Sie stellen sich durchaus die Frage, warum sie sich eigentlich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren, wenn Beleidigungen anstelle von Wertschätzung folgen. Damit haben Beleidigungen durchaus einen negativen Einfluss auf die Bereitschaft, sich zu engagieren. Insofern ist hier weniger von Ignorieren als Tolerieren zu sprechen: Beleidigungen werden wahrgenommen, aber zumindest in einem gewissen Umfang hingenommen. Vereinzelt findet auch eine Umdeutung von Gewalt statt: Beleidigungen werden weniger als Akt der Gewalt, sondern als Herausforderung verstanden – die negativen Angriffe werden so in positive politische Energie umgesetzt. Allerdings spielt neben negativen Erfahrungen auch das Gesamtpaket eine wichtige Rolle. Teilweise wird berichtet, dass Beleidigungen weniger schwer wiegen, wenn insgesamt das positive Feedback überwiegt. Das würde mehr motivieren als die Beleidigungen demotivieren.

Dies verdeutlicht, dass Beleidigungen nie im luftleeren Raum stattfinden, sondern in ein politisches, soziales und persönliches Umfeld eingebunden sind, das

den Umgang der Kommunalpolitiker/innen mit Beleidigungen mitbestimmt. Dieser Befund bietet einen zentralen Anknüpfungspunkt bei der Auseinandersetzung mit dieser Gewalt gegen Politiker/innen.

«Ich glaube, das ist insofern auch die Frage des eigenen Umgangs. Also, wenn ich das jetzt noch mit nach Hause nehmen würde, wenn ich nach Hause an den Abendbrottisch komme und dann sagen würde: «Oh Gott, heute haben mich bei dem Termin wieder drei Leute beleidigt.» Ich glaube nicht, dass mich das dann am Abend glücklicher macht, sondern dass ich dann eher sage: «Oh, heute hatte ich wieder drei Herausforderungen.» (West-Mittel, CDU, männlich)

Individuelle Ansätze. Viele Betroffene suchen Gesprächspartner/innen zur Gewaltbewältigung im privaten Umfeld. Familie und Freund/innen sind die erste Instanz, die bei Gewalterfahrungen zu Rate gezogen werden. Ausschlagend ist hierfür, dass ein Vertrauensverhältnis zu diesem Personenkreis besteht und dieses außerhalb des privaten Rahmens durch die Erlebnisse gebrochen sein kann. Hier geht es meist darum, erst einmal das eigene Selbstwertgefühl zu stärken, sich ein «dickes Fell zuzulegen» und so mit Unterstützung den Pfad des «Ignorierens und Tolerierens» einschlagen zu können.

Eine weitere Gruppe von Betroffenen tritt jeweils als Einzelkämpfer/innen auf, indem sie die Gewaltbewältigung «mit sich selbst ausmacht». Auf den Austausch im privaten Rahmen wird bewusst verzichtet, um Familie und Freund/innen zu schützen und diese nicht zu verunsichern. Dabei greift im hohen Maße der Ansatz des «Ignorieren und Tolerieren», d.h. verbale Angriffe werden in diesem Fall häufig relativiert und letztlich eingepreist in den politischen Alltag.

Unabhängig davon, ob der Austausch über die Gewalt im privaten Umfeld gesucht wird oder ob Betroffene als «Einzelkämpfer/innen» agieren: Mit diesen Wegen wird weniger reflektiert, wie strukturell oder gesellschaftlich mit diesem Phänomen umgegangen werden soll. Die Erfahrungen werden eher individualisiert, d.h. die Betroffenen müssen für sich entscheiden, wie sie reagieren oder was sie für Maßnahmen einleiten wollen. Eingebettet ist diese individualisierte Perspektive in einen teilweise gefühlten Druck, besonders stark wirken und keine Angriffsfläche bieten zu müssen.

«Ich muss mich ja auch mit irgendwem darüber unterhalten. Und wo passiert das? In der Regel in der Familie. Weil im Rat bin ich natürlich anders als zu Hause, eher die Starke, weil ich ja will, dass die anderen sich in der Politik wohlfühlen, weitermachen und nicht abgeschreckt werden.» (Ost-Mittel, Linke, weiblich)

«Ich habe ganz lange versucht, das alles selber zu regeln. Du denkst ja immer, wenn es das erste Mal passiert: Naja gut, ich weiß nicht, wann es das nächste Mal passiert und wie oft es nochmal passiert. Und als ein gewisses Maß voll war, bin ich zur Polizei gegangen.» (Ost-Mittel, Kleinpartei, weiblich)

«Und ja, was macht man da? Man reagiert sachlich darauf, und wenn es unter die Gürtellinie geht, wird es gemeldet. Und mehr auch nicht.» (Ost-Klein, Linke, männlich)

«Also das muss jeder für sich selbst ausmachen. Also da könnte ich auch niemanden einen Allgemeintipp geben. Das ist einfach nur das, wie ich das versucht habe, für mich zu managen. Aber das muss jeder für sich selbst ausmachen. Mir ist es eben «gelungen», das für mich einigermaßen unter der Decke zu halten. Auch emotional. Wenn sich jemand tatsächlich bedroht fühlt, dann muss das raus, und dann muss man mit jemandem sprechen. Das muss jeder für sich selbst entscheiden. Da gibt es keine allgemeingültige Lösung dafür.» (West-Mittel, Grüne, männlich)

Ein weiterer individueller Lösungsansatz besteht darin, Beleidigungen zu antizipieren und darauf mit einem Reduzieren der öffentlichen Sichtbarkeit zu reagieren. So entscheiden sich einige Kommunalpolitiker/innen bewusst gegen Aktivitäten in Sozialen Medien, um online keine Plattform für Beleidigungen und damit keine zusätzlichen Angriffsflächen zu bieten.

Institutionelle Ansätze. Große Bedeutung hat der Austausch innerhalb der eigenen Partei, im Ortsverband oder in der eigenen Fraktion. Hier werden Beleidigungen besprochen, Unterstützung und Solidarität gewährt. Bereits von Gewalt Betroffene geben ihre Erfahrungswerte weiter, ob z.B. eine Anzeige bei der Polizei erfolgsversprechend sein könnte. Solidarität erfolgt beispielsweise, indem sich die Fraktion bei Auseinandersetzungen innerhalb des Rats hinter die betroffene Person stellt und deutlich macht, dass der/die Betroffene nicht alleine ist. Nur sehr wenige der betroffenen Kommunalpolitiker/innen tauschen sich bewusst nicht innerhalb der eigenen Partei, im Ortsverband oder der Fraktion über Gewalterfahrungen aus. Gründe sind, die Kolleg/innen schützen zu wollen, Kolleg/innen nicht zu verängstigen oder die Sorge vor dem ausbleibenden politischen Nachwuchs, da es bereits jetzt schwer sei, diesen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Gleichwohl der Austausch innerhalb der eigenen Fraktion vorhanden ist: Es fehlen weitere institutionelle Rahmen etwa in Form von regelmäßigen Austauschmöglichkeiten, um dieses Thema in der eigenen Partei, dem Ortsverband oder der Fraktion anzusprechen oder zu behandeln. Bisher ist die Auseinandersetzung dort überwiegend auf einen Erfahrungsaustausch unter Kolleg/innen und Solidaritätsbekundung in Folge konkreter Gewaltvorfälle begrenzt.

Der Austausch mit Mitgliedern anderer Fraktionen und mit den Bürgermeister/innen wird ebenfalls genutzt, um auf diese Weise Unterstützung und Solidarität im Umgang mit Gewalt zu finden. Gleichwohl ist dieser Austausch nicht gleichbedeutend mit einer etablierten und fest institutionalisierten Auseinandersetzung, die durch den Gemeinderat organisiert wird. Es kann deshalb kaum von einer institutionalisierten partei- oder fraktionsübergreifenden konkreten Unterstützung gesprochen werden.

Denn insgesamt findet nur selten eine gemeinsame Auseinandersetzung mit Gewalterfahrungen außerhalb des privaten Umfelds oder der eigenen Partei, dem

Ortsverband oder der Fraktion statt, wie etwa in auf das Thema ausgelegten Workshops oder als Thema in Gemeinderatssitzungen. Daher bleiben Gewalterfahrungen von Kommunalpolitiker/innen über die eigene Partei, den Ortsverband oder die Fraktion häufig unausgesprochen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Beleidigungen nicht in einem öffentlichen Rahmen geäußert wurden, sondern etwa postalisch oder mündlich erfolgten.

Vereinzelte nutzen jedoch Gemeinderäte ihre Ratssitzungen für den Austausch über Gewalterfahrungen. Teilweise wurde sogar gemeinsam beschlossen, welche weiteren Schritte gegen Gewaltakte eingeleitet werden. In einer Gemeinde wurde beispielsweise das Thema Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen im Rat auf die Agenda gesetzt und gemeinsam besprochen. Hintergrund stellte eine verabschiedete Resolution des Städte- und Gemeindebundes nach dem Mord an Walter Lübcke in Kassel dar. Dies zeigt, dass Impulse von kommunalen Akteur/innen den Diskurs über das Thema innerhalb von einzelnen Räten befördern können.

Genannt wurden darüber hinaus ein Supervisionsformat und eine Schulung. Im Rahmen des Supervisionsformats wurden Erfahrungen ausgetauscht, wovon vor allem unerfahrene Kommunalpolitiker/innen profitieren sollten. Die Schulung hatte ein Training zum Ziel, wie man auf verbale Übergriffe reagieren kann. Sie wurde von Betroffenen initiiert, nachdem es vermehrt zu verbalen Attacken bei Wahlkampf- oder Informationsveranstaltungen von Bürger/innen aus dem rechten Spektrum kam. Beide Formate wurden von den Befragten als hilfreich empfunden. Teilweise holen sich die Fraktionen auch auf kommunaler Ebene Unterstützung im Umgang mit Sozialen Medien, etwa mit Schulungen zum Umgang mit Hate Speech und Beleidigungen, weil negative Erfahrungen gemacht wurden. Dennoch lässt sich feststellen, dass für die Befragten der Rat oder gar landesweite Institutionen wie etwa die Gleichstellungsbeauftragten des Landes, Parteizentrale der Landesparteien oder gar Länderparlamente kaum Orte für die Auseinandersetzung mit erlebter Gewalt sind.

Öffentlichkeitsorientierter Ansatz. Eine weitere Strategie besteht darin, gesellschaftliches Bewusstsein für das Problem Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen zu schaffen und hierfür die Problematik stärker in die Öffentlichkeit zu rücken. In den Interviews wurde jedoch deutlich, dass sich die Kommunalpolitiker/innen hier in einem Dilemma befinden: Einerseits sehen sie das Öffentlichmachen als wichtig an. Andererseits sind mit einer Veröffentlichung weitere, als nachteilige bewertete Implikationen verbunden. Entsprechend unterschiedlich setzen die Betroffenen diesen Lösungsansatz ein:

Ein Teil macht ihre Erfahrungen öffentlich, spricht mit Zeitungen oder verbreitet die Vorfälle über die Sozialen Medien. Dem Schritt in die Öffentlichkeit liegt dabei etwa der Wunsch nach einer breiteren Solidarität und mehr Rückhalt in der Gesellschaft zugrunde. Außerdem soll mit der Veröffentlichung ein Zeichen gesetzt werden, dass man sich von solchen Erfahrungen nicht einschüchtern lasse. So zeigte sich, dass das Schaffen von Öffentlichkeit bei einigen zu Solidaritätsbekundungen durch die Zivilgesellschaft und zur Stärkung der Vernetzung mit Beratungsstellen und weiteren Betroffenen geführt hat.

Ein anderer Teil der Betroffenen wählt wiederum bewusst den Schritt in die Öffentlichkeit nicht, auch wenn grundsätzlich die Veröffentlichung der Vorfälle als wichtig bewertet wird. Aufgeführt werden hierzu verschiedene Gründe: Zunächst soll den Täter/innen keine Bühne geboten und kein Anlass für Genugtuung geboten werden, dass sie es geschafft hätten, die Person zu beleidigen oder zu bedrohen. Des Weiteren wird angeführt, dass mit einer Veröffentlichung eine gesteigerte Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit der betroffenen Kommunalpolitiker/innen einherginge und somit das soziale Umfeld, Kolleg/innen und die Gemeinde automatisch in Kenntnis über die Gewalterfahrung gesetzt würde. Manche Kommunalpolitiker/innen fühlen sich unwohl, wenn andere sie auf die Erfahrungen ansprechen, oder fürchten, darauf reduziert zu werden. Darüber hinaus wollen manche den gesellschaftlichen Diskurs um die politisch (rechten) Extremen und damit eine Polarisierung der Gesellschaft nicht weiter aufheizen. Den Täter/innen und ihren Einstellungen und Taten soll keine Bühne geboten oder eine Art Gewaltspirale in Gang gesetzt werden. Andere befürchten, dass durch eine Veröffentlichung die Gewalt gegen die eigene Person sogar weiter zunehmen oder Bedrohungen und tätliche Übergriffe folgen könnten. Sie erhoffen sich dabei keinen Schutz durch Polizei, Rechtsstaat, Fraktion oder Zivilgesellschaft. Außerdem gibt es die Befürchtung, nicht ernst genommen zu werden, schließlich handle es sich ja «nur» um Beleidigungen, die eben zum Amt dazugehörten. Mitunter überwiegt auch die Angst vor dem möglichen Vorwurf, man stilisiere sich zum Opfer, um Aufmerksamkeit zu erlangen.

«Man sollte unbedingt damit an die Öffentlichkeit gehen. Um einfach zu zeigen, dass es zwar ein Problem ist, dass es aber kein Problem ist, mit dem man dann alleine dastehen muss. Weil es dann auch entsprechende Solidaritätsbekundungen gibt. Wenn man dann auch draus schöpfen und mitnehmen kann. Und es auf der anderen Seite eben zeigt, dass eine Partei wie die AfD, die sich als super-demokratisch darstellt, aber mit ihrem Hass und ihrer Hetze, die sie verbreiten, jetzt schon eine Gefahr für die Demokratie ist. Wenn man aber diese Fälle öffentlich macht und Solidarität gibt, wird da so ein Gegenpol gesetzt.» (Ost-Mittel, Grünen, weiblich)

«Ich habe das nicht öffentlich gemacht. Man will solche Sachen nicht aufwerten. Das ist mehr so die Grundeinstellung, also diesem Ganzen nicht noch mehr Resonanzboden zu geben.» (West-Groß, Linke, weiblich)

Die Entscheidung, Beleidigungen entweder öffentlich zu machen oder im Privaten auszuhandeln, ist damit Ergebnis einer persönlichen Abwägung. Hier spielen aber auch institutionelle und juristische Rahmenbedingungen eine Rolle. Fehlen Anlaufstellen oder Austauschmöglichkeiten über das Thema und verspricht eine Anzeige wenig Erfolgswahrscheinlichkeit, demotiviert dies die Kommunalpolitiker/innen, die Beleidigungen öffentlich zu machen.

Justizieller Ansatz. Vor einer Anzeige, wie sie einige Kommunalpolitiker/innen durchaus vorgenommen haben, steht eine Abwägung. Vorab wird beispielsweise durchdacht, ob die Beleidigung strafrechtlich relevant ist und ob überhaupt ein/e Täter/in ermittelt werden könnte. Gerade bei Beleidigungen, die mündlich ausgesprochen werden, fehlen häufig die Beweise – so dass die meisten zu dem Schluss kommen, dass eine Anzeige nicht zielführend wäre. Manche erwähnen hingegen, von einer Anzeige abzusehen, da die Beleidigungen sich noch im Bereich des Tolerierbaren bewegen würden. Knapp die Hälfte der Gesprächspartner/innen gibt an, bereits Beleidigungen zur Anzeige gebracht zu haben. Dies gilt jedoch nicht für jede erfahrene Beleidigung, sodass die meist erlebten Beleidigungen von den Kommunalpolitiker/innen nicht angezeigt werden.

Wie Öffentlichkeit und Strafverfolgung zusammenhängen, zeigt der folgende Erfahrungsbericht: Ein Kommunalpolitiker berichtete, dass die größere Aufmerksamkeit in den Medien auch dazu führte, dass die Polizei und die Justiz sich verschärft um den Fall der Gewalt gekümmert haben. Dies kann als Beispiel dafür gesehen werden, dass die gesellschaftliche Debatte durchaus den Umgang der Behörden mit auch «milderer» Formen der Gewalt, nämlich Beleidigungen, ändern kann. Gleichwohl ist dieses Vorgehen (noch) die Ausnahme.

7.2 Umgang mit Bedrohungen

Das Wichtigste in Kürze

- Bedrohungen wirken auf die Kommunalpolitiker/innen anders als Beleidigungen.
- Bedrohungen wiegen besonders schwer, wenn die Familie miteinbezogen wird. Die Kommunalpolitiker/innen empfinden dies als starke Grenzüberschreitung und denken mitunter über den Rückzug aus der Kommunalpolitik nach.
- Einige Kommunalpolitiker/innen suchen Unterstützung im privaten oder im politischen Umfeld, andere hingegen behalten die Erfahrungen für sich, um ihr Umfeld zu schützen.
- Drohungen sind oftmals so formuliert, dass sie nicht justiziabel sind. Anzeigen bei der Polizei führen deshalb und aufgrund der Anonymität der Absendenden oftmals zu keinem Erfolg.

Bedrohungen versetzen viele der Kommunalpolitiker/innen in Angst. In einem ersten Moment muss diese Nachricht erstmal verarbeitet werden, in einem zweiten Schritt wägen die Betroffenen ab, wie ernst die Drohung zu nehmen ist und ob womöglich Taten folgen könnten. Dies verdeutlicht die hier vorgenommene Trennung von Beleidigungen und Drohungen: Bei einer Drohung wird davon ausgegangen, dass sie

(tätliche) Folgen nach sich ziehen könnte. Sie hat damit deutlichere Auswirkungen auf das Verhalten von Kommunalpolitiker/innen als es Beleidigungen haben.

Als besonders unangenehm werden die Bedrohungen wahrgenommen, wenn sie aus der eigenen Partei oder Fraktion kommen. Sofern innerhalb der eigenen Fraktion Ungereimtheiten oder tatsächliche Strafbestände aufgedeckt wurden, wurde von den Fraktionskolleg/innen davon abgeraten, diese zur Anzeige zu bringen, um die betroffene Person und die eigene Fraktion zu schützen. Wurde sich nicht an diese «Empfehlung» gehalten, folgten Beleidigungen und auch Drohungen.

Auch fehlende Distanz zwischen Täter/innen und Betroffenen wird als schwerwiegend empfunden. Häufig erfolgen Drohungen von Menschen, die in unmittelbarer Umgebung wohnen. Bei einem Extremfall berichtete die Kommunalpolitikerin von einem anonymen Drohanruf. Im Nachhinein konnte durch die Polizei ermittelt werden, dass dieser in nur 300 m Entfernung abgesetzt wurde. Im Nachhinein wünschte sich die Person sogar, nicht erfahren zu haben, dass der Anruf und damit der/die Täter/in nur wenige Meter entfernt war – denn dies machte es für sie besonders belastend.

Für die Kommunalpolitiker/innen mit Familie stellt es die größte Angst dar, wenn die Familie in die Drohungen einbezogen werden, wenn z.B. die Kinder und die Partner/innen in den Drohungen (namentlich) erwähnt und damit ebenfalls bedroht werden. Es wird versucht, die Familie und insbesondere die Kinder zu schützen und von Drohungen fern zu halten. Mit Drohungen, die auch die Familie betreffen, ist für die Kommunalpolitiker/innen häufig eine Grenze überschritten – es wird anders gehandelt, als wäre nur die eigene Person betroffen.

Drohungen verändern das Sicherheitsgefühl vieler Kommunalpolitiker/innen. Sie sind z.B. nach den Bedrohungen viel achtsamer und schauen in der Öffentlichkeit, ob sie nicht verfolgt werden, oder nehmen Umwege in Kauf. In einem Fall wurde z.B. berichtet, dass per E-Mails Links zu Videos über Brandanschläge verschickt wurden, versehen mit dem Hinweis, dass der Wohnort bekannt sei und es die Person als nächste treffen würde. Das führte dazu, dass die betroffene Person beim Lüften der Wohnung überlegt, lieber die Rollläden runterzulassen, damit kein Sprengkörper durch das offene Fenster fliegen kann.

Einige Kommunalpolitiker/innen betonen, sich bewusst durch Drohungen nicht einschüchtern zu lassen oder wägen sich durch die eigene Vernetzung, kommunalpolitische Erfahrung und getroffener Sicherheitsmaßnahmen trotz des aktiven Engagements in Sicherheit. Drohungen wirken sich – insbesondere, wenn die Familie betroffen ist – aber auch auf die Bereitschaft zum Engagement aus. Einige denken über einen Rückzug aus der Kommunalpolitik nach, der aber in der Regel nach gründlicher Abwägung der Risiken nur selten umgesetzt wird.

Individuelle Ansätze. Das soziale Umfeld lässt sich nicht immer von den Drohungen fernhalten. Familie und Freund/innen bekommen häufig mit, dass die Politiker/innen von Gewalterfahrungen betroffen sind, beispielsweise in dem sie Briefe entdecken oder Anrufe zu Hause entgegennehmen. Damit kommt dem sozialen Umfeld

eine unterstützende Funktion zu und Kommunalpolitiker/innen suchen im sozialen Umfeld nach emotionalem Beistand, aber auch konkreten Ratschlägen.

«Nachdem ich das so halbwegs realisiert habe, was da überhaupt steht, und dass die mich damit meinen, dass das also wirklich eine konkrete Drohung ist mit einem Anschlag, habe ich erst einmal einen sehr guten Freund von mir angerufen. Der ist ein sehr erfahrener Politiker, der war auch mal Berufspolitiker gewesen. Und habe dem das erzählt. Und der hat gesagt, du gehst jetzt sofort zur Polizei. Das habe ich dann gemacht.» (West- Groß, Grüne, weiblich)

Aber auch dieser Austausch im sozialen Umfeld findet oftmals nicht statt, um niemanden zu verängstigen. Dieser Zwiespalt wird häufig als große Belastung empfunden: Einerseits wollen Betroffene gerne ihre schlimmen Erfahrungen mit den engsten Vertrauten teilen, wollen sie andererseits aber auch schützen. Zuweilen spielt aber auch die Sorge vor Unverständnis mit, die Vorfälle könnten heruntergespielt und nicht ernst genommen werden. Diese Sorge spielt vor allem eine große Rolle, wenn Betroffene mit sich ringen, ob sie sich außerhalb des engen sozialen Umfelds Unterstützung holen sollten.

Institutionelle Ansätze. Einen institutionellen Austausch über Bedrohungen und Gewalt gab es bei den interviewten Kommunalpolitiker/innen nur selten. Es gibt zwar allgemeine Empfehlungen, solche Tatbestände zur Anzeige zu bringen. Ein klar definiertes fraktionsübergreifendes Vorgehen oder gemeinsames Handeln des Gemeinderates gibt es jedoch nur selten und stellt damit die absolute Ausnahme dar. So wurde beispielsweise in einer Gemeinde nach der Bedrohung eines Kommunalpolitikers im Namen der Stadt Anzeige erhoben. Auch in Zukunft wird in dieser Gemeinde die Stadt selbst aktiv werden, sollten Kommunalpolitiker/innen bedroht oder angegriffen werden.

«Also ich habe im September letzten Jahres meine letzten Drohungen bekommen. Dann hat sich der Oberbürgermeister in der öffentlichen Sitzung dazu geäußert, sich solidarisch erklärt und von Seiten der Stadt eine Anzeige erstattet gegen die Person, die mich bedroht hat.» (West-Groß, Grüne, männlich)

Mit anderen Herausforderungen sind wiederum Ansätze verbunden, wenn die Bedrohung innerhalb des Gemeinderats ausgesprochen werden. Die Sorge vor einer nachfolgenden parteipolitischen Instrumentalisierung in der Gemeinde und sich damit verstärkenden negativen Wirkung der (einmaligen) Bedrohungssituation kann auch dazu führen, dass sich in gemeinschaftlicher Absprache zwischen Bürgermeister/in und Betroffenen bewusst gegen eine aktive Ahndung und (strafrechtliche) Verfolgung entschieden wird.

Öffentlichkeitsorientierter Ansatz. Ähnlich wie bei Beleidigungen stellt die Veröffentlichung der Gewalterfahrung die Kommunalpolitiker/innen häufig vor ein

Dilemma: Einerseits kann die Veröffentlichung Solidarität aus der Zivilgesellschaft und seitens des Umfelds erzeugen sowie die Aufmerksamkeit bei dem Thema Gewalterfahrungen erhöhen und Debatten über das Thema anstoßen. Auch hier zeigte sich, dass die öffentliche Thematisierung von Bedrohungen andere Kommunalpolitiker/innen ermutigt, Erfahrungen öffentlich zu teilen und die Basis gegenseitiger Vernetzung zu geben. Auf der anderen Seite fürchten einige, durch die Veröffentlichung die eigene Position zu schwächen und angreifbar zu erscheinen, den Täter/innen eine Bühne zu geben oder selbst als Person verstärkt Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Justizieller Ansatz. Gut die Hälfte der bedrohten Interviewpartner/innen gibt an, Drohungen bei der Polizei angezeigt zu haben. Es wird allerdings berichtet, dass die Anzeigen oft keinen Erfolg haben, da kein/e Täter/in ermittelt werden konnte oder die (subtilen) Drohungen bewusst so formuliert wurden, dass sie strafrechtlich nicht relevant sind.

Viele schrecken davor zurück, den Rechtsweg einzuschlagen, da dieser Weg zeit- und aufwändig und mühsam ist. Auch Angst vor den psychischen Belastungen eines straf- oder zivilrechtlichen Verfahrens halten von einer Anzeige ab. Betroffene wägen lange ab, wie erfolgversprechend eine Anzeige sein würde und ob der/die Täter/in ermittelt werden könne.

Einige Betroffene äußern Verständnis für die Polizei, die oftmals keine Kapazitäten habe, um allen Fällen nachzugehen. Teilweise fühlen sich Kommunalpolitiker/innen aber mit ihren Anliegen bei der Polizei nicht ernst genommen oder haben den Eindruck, die Polizei spiele die Bedrohungen herunter. Die Folgen sind gravierend: Die Belastung der Betroffenen nimmt zu und das Vertrauen in die Polizei wird in Frage gestellt. Das führt dazu, dass vereinzelt der Gang zur Polizei unterlassen wird, obwohl eine Anzeige möglicherweise zum Erfolg geführt hätte.

«Die Polizei sagte zu mir: «Wenn Ihr Leben nicht bedroht ist, Ihre Kinder nicht entführt sind und Ihr Haus nicht in Flammen steht, haben Sie keinen Grund, eine Anzeige aufzugeben.» (Ost-Mittel, parteilos, weiblich)

Einen Extremfall stellt eine Kommunalpolitikerin der Grünen aus einer Gemeinde in Ostdeutschland dar. Sie kritisiert die Verstrickungen der Polizei mit der rechten Szene vor Ort. Anzeigen sind bei ihr nie erfolgreich, und sie fühlt sich von der Polizei nicht ernst genommen und unterstützt. Mittlerweile hat sie das Vertrauen in die Polizei komplett verloren. Andere hingegen erstatten bei Bedrohungen grundsätzlich Anzeige, damit diese Delikte offiziell erfasst werden.

«Das hört sich doof an, aber man gewöhnt sich daran. Es macht einen auf die Dauer zwar kaputt, aber alles was über sozialmediale Kanäle kommt, meide ich auch einfach. Weil es wird eingestellt im Endeffekt, weil nichts rausgefunden wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit. Und dann hört man irgendwann auch auf anzuzeigen, weil es Zeit kostet und man weiß, dass

es auch die Polizisten und die Staatsanwaltschaft Zeit kostet.» (Ost-Mittel, Grüne, weiblich)

«Naja, das ist immer so die Frage. Verzichtet man drauf, weil man weiß, dass im Endeffekt nichts rauskommt? Und wir stehen eigentlich immer noch hinter dem Standpunkt, man muss es anzeigen. Damit es offiziell wird und diese Delikte überhaupt erfasst werden. Aber ist natürlich immer irgendwie ein mühseliger Gang, das dann zu tun und sich zu überwinden und das zu machen.» (Ost-Groß, Grüne, weiblich)

7.3 Umgang mit tätlichen Übergriffen

Das Wichtigste in Kürze

- Die Erfahrung tätlicher Übergriffe führt zu Verhaltensänderungen der Kommunalpolitiker/innen: Angst und Vorsicht bestimmen das Verhalten, und heikle Themen werden zurückgestellt. Motivation ist häufig der Versuch, die Familie zu schützen.
- Individuelle und institutionelle Ansätze werden stark genutzt.
- Tätliche Angriffe auf Personen und Gegenstände werden meist angezeigt, aber gerade bei Sachbeschädigung können Täter/innen selten ermittelt werden.

Tätliche Übergriffe werden als sehr belastend empfunden und sind oft eine stärkere psychische und körperliche Belastung für Betroffene, als es bei Beleidigungen oder Bedrohungen der Fall ist. Psychische Probleme können die Folge sein. Das tagtägliche Verhalten ändert sich und kann geprägt sein von Angst und zunehmender Vorsicht. Es wird mehr auf die unmittelbare Umgebung geachtet, vorbeifahrende Autos werden genau betrachtet, bestimmte Orte gemieden, man läuft Umwege und geht im Dunkeln nicht mehr raus. Tätliche Übergriffe haben damit oft massive Auswirkungen auf das Privatleben der Betroffenen. Vereinzelt ziehen sich Betroffene gänzlich aus sozialen Beziehungen zurück. Die Möglichkeit, dass ähnliche Vorfälle sich wiederholen könnten, wird bei vielen als starke Belastung empfunden, die sich nicht so einfach abstreifen lässt. Betroffene Kommunalpolitiker/innen leben in Angst, Vorsicht und Unsicherheit, die auch die Familie und das soziale Umfeld betreffen. Gerade wenn die eigene Familie involviert wird, ist ähnlich wie bei Bedrohungen eine Grenze überschritten, die die Betroffenen über den Rückzug vom Mandat nachdenken lässt.

Konkrete Auswirkungen auf das eigene politische Engagement spiegeln sich in einer Zurückhaltung bei öffentlichen Äußerungen zu strittigen politischen Themen und in einer Einschränkung der öffentlichen Sichtbarkeit, um auch die eigene Familie zu schützen.

Insgesamt zeigt sich beim Umgang mit tätlichen Übergriffen ein deutlicher Unterschied zwischen erfahreneren Kommunalpolitiker/innen und denjenigen, die neu im Amt sind: Erfahrene Kommunalpolitiker/innen sind häufig besser vernetzt, was sie die Übergriffe als weniger schlimm erleben lässt. Besonders noch recht unerfahrene Kommunalpolitiker/innen sind schnell von solch einer Ausnahmesituation überfordert und fühlen sich allein gelassen. Von einer insgesamt erprobten Strategie für den Umgang mit tätlichen Übergriffen kann nicht gesprochen werden.

«Es verändert einen insofern, ich bin aufmerksamer, wenn ich abends alleine vor meinem Haus zu später Nachtstunde auftauche, ich schaue mich schon um. Vor zehn Jahren war das nicht auf meinem Radar. Das ist heutzutage schon der Fall.» (West-Groß, Parteilos, männlich)

Individuelle Ansätze. Die Betroffenen holen sich immer Unterstützung in ihrem privaten Umfeld, um die Belastungen nicht allein tragen zu müssen. Manche nehmen zusätzlich Beratungsangebote oder psychologische Unterstützung wahr.

«Meine Familie ist nach dem Sprengstoffangriff dann da gewesen, die haben sehr geholfen und haben sich dann auch mit gekümmert, dass alles wieder in Ordnung gebracht wird, dass die Scherben weggeräumt werden und, und, und. Und dann Freunde und Kollegen, die dann kamen: Wie geht es denn dir? Brauchst du was? Was können wir machen? Ja, es gab schon Unterstützung.» (Ost-Mitte, Linke, weiblich)

Institutionelle Ansätze. Bei tätlichen Übergriffen sprechen Betroffene zwar häufig mit Fraktionskolleg/innen, ein Austausch über Fraktionsgrenzen hinaus findet aber kaum statt. Teilweise suchen sich Kommunalpolitiker/innen auch Hilfe bei zivilgesellschaftlichen Akteur/innen: Beim Entfernen einer rechtsextrem motivierten Sachbeschädigung und darauffolgender Bedrohung folgte beispielsweise Unterstützung von der Amadeu Antonio Stiftung und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e.V. Vereinzelt berichten die Kommunalpolitikerinnen, dass gezielt nach Kooperationen mit Vereinen gesucht wird, deren Expertise darin liegt, Frauen im Falle von Gewalt zu unterstützen.

«Wenn es dann natürlich losgeht mit Gewalt, die unkontrolliert ist, wo auch Menschen schwerste Schäden davontragen können. Das sind so Sachen, wo man überlegt, wie soll das weitergehen? Was gibt es dann für eine nächste Stufe? Und vor allen Dingen, womit hat man das verdient?» (Ost-Groß, CDU, männlich)

Öffentlichkeitsorientierter Ansatz. Auch bei tätlichen Übergriffen treten die Kommunalpolitiker/innen zurückhaltend an die Öffentlichkeit. Abwägungsprozesse zwischen den Vor- und Nachteilen einer öffentlichen Bekanntgabe verlaufen ähnlich wie

bei Beleidigungen und Bedrohungen, d.h. substantiell andere Argumente spielen bei dieser Gewaltdimension keine Rolle.

Einzelfälle unterstreichen, dass Öffentlichkeit herstellen nicht per se die erwartete Solidarität und das Verurteilen von Gewalt bringt. So berichtet eine Kommunalpolitikerin, dass bei ihr zu Hause Scheiben eingeworfen wurden. Nachdem sie die Tat veröffentlichte, erhielt sie eher genervte Reaktionen und erntete sogar Unverständnis, warum sie in Bezug auf den Übergriff nicht einfach leise sein könne. Solche Erfahrungen können Resignation auslösen und sich auf das zukünftige Verhalten auswirken.

Justizieller Ansatz. Anders als bei Beleidigungen und Bedrohungen entscheiden sich deutlich mehr Betroffene, tätliche Übergriffe zur Anzeige zu bringen. Jedoch erleben die Kommunalpolitiker/innen, dass ähnlich wie bei angezeigten Drohungen Anzeigen ins Leere laufen. Allerdings wird die Erfahrung bei der Polizeiwache vor Ort anders erlebt: Die Betroffenen fühlen sich meist ernst genommen, insbesondere wenn es um konkrete Körperverletzung oder Anschläge auf das private Heim geht. Hier wird von verschiedenen Strategien der Polizei berichtet, die von regelmäßigen Streifen vor der Wohnung der Betroffenen bis hin zu polizeilichem Schutz der Wahlkampfstände reichen.

Mitunter fühlen sich Betroffene bei Anzeigen nicht ernst genommen, wenn beispielsweise eine eingeschlagene Scheibe als Vandalismus abgetan wird und damit die politische Komponente der Sachbeschädigung unberücksichtigt bleibt.

«Die Polizei war genervt, dass sie die Anzeige aufnehmen musste. Dann hieß es: «Aber es sind doch nur Scheiben. Das ist doch nicht schlimm. Da sind Sie doch versichert.»? Ich sagte: «Ich möchte diese Anzeige nicht nur für die Versicherung haben, ich möchte, dass Sie etwas tun. Ich finde das schon schlimm.» Und ich wusste gar nicht, dass bei uns die Staatsanwaltschaft so schnell arbeitet – das machen sie normalerweise nie –, denn nach vier Wochen kam die Einstellungsmitteilung.» (Ost-Mittel, SPD, weiblich)

7.4 Rückzug aus dem politischen Ehrenamt ist (k)eine Antwort auf Gewalterfahrungen

Das Wichtigste in Kürze

- Kommunalpolitisches Engagement ist für die repräsentative Demokratie von zentraler Bedeutung.
- Die intrinsische Motivation, sich kommunalpolitisch zu engagieren, ist bei den befragten Kommunalpolitiker/innen ungebrochen. Gewalterfahrungen sind für sie nur selten ein Grund, nicht mehr kommunalpolitisch aktiv sein zu wollen.

- Ausgelöste Belastungen durch Gewalterfahrungen lösen aber durchaus Gedanken über das Beenden des Engagements aus. Hinzu kommen die teilweise belastenden vorherrschenden Arbeitsbedingungen in der Kommunalpolitik.
- Parteiübergreifende und institutionelle Verfahren und Vorgehensweisen im Falle von Gewalterfahrungen fehlen weitgehend.

Vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit des kommunalpolitischen Engagements für die repräsentative Demokratie ist es wichtig, ob Gewalterfahrungen Auswirkungen auf die Motivation haben, das politische Ehrenamt weiterhin auszuüben.

Trotz Gewalterfahrungen und trotz manch erlebter Misserfolge bei der Umsetzung von Strategien gegen Gewalt gibt mehr als die Hälfte der interviewten Kommunalpolitiker/innen an, dass sie die Gewalterfahrungen nicht weiter beschäftigen und sie sich weiterhin und ohne Einschränkungen in der Kommunalpolitik engagieren wollen. Gut ein Drittel der Gesprächspartner/innen räumt ein, dass die Gewalterfahrungen sie beschäftigen und sie erstmal mit ihrem politischen Engagement (abwartend) weitermachen oder sich mit einem «Jetzt erst recht!» motivieren. Etwa jede/r Zehnte Befragte erwägt ernsthaft, wegen der Gewalterfahrungen das Mandat niederzulegen.

Die insgesamt hohe Motivation trotz der Gewalterfahrungen ungebrochen bzw. weiterhin kommunalpolitisch engagiert zu bleiben, fußt auf einer hohen intrinsischen Überzeugung, dass das Engagement gesellschaftlich wichtig ist und persönlich eine Bereicherung bietet: Begegnungen mit unterschiedlichsten Menschen, die entgegengebrachte Anerkennung sowie der Erwerb von Kompetenzen, die auch auf andere Lebensbereiche übertragen werden können. Die unmittelbare Wirksamkeitserfahrung durch das Einreichen von Anträgen, das Verfolgen des eigenen Wirkens und die damit verbundenen Ergebnisse motivieren stark, die Arbeit als Kommunalpolitiker fortzusetzen. Außerdem sehen die Kommunalpolitiker/innen jeden einzelnen in der Verantwortung, seinen Teil für ein gedeihendes Gemeinwesen und politische Vielfalt beizutragen. Das kommunalpolitische Ehrenamt sei überlebenswichtig für die Demokratie, und die Interviewten wollen nicht resignieren und stattdessen mahnen, wehrhaft zu bleiben. Teilweise folgt aus den Gewalterfahrungen noch mehr Motivation für das eigene politische Handeln: «Jetzt erst recht».

Hervorzuheben ist hierbei, dass auch jene Gesprächspartner/innen, die an eine Abkehr vom politischen Engagement gedacht haben bzw. diese ernsthaft umsetzen wollen, grundsätzlich die Begeisterung für das politische Engagement teilen und uneingeschränkt ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement weiterempfehlen. Trotz der generellen Begeisterung fordern Kommunalpolitiker/innen insgesamt bessere Arbeitsbedingungen ein, unter anderem werden die hohe ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeitsbelastung und der fehlende gesellschaftliche Respekt für das Engagement benannt.

«Das Schlimme ist ja, das sind ja wirklich ehrenamtliche Leute. Ich hätte auch andere Sachen zu tun. Aber mir liegt meine Heimatstadt zu sehr am Herzen. Also das wird von den Maulern und von den Beleidigern nicht geschätzt, was man eigentlich tut. Darum sage ich, wir brauchen viel mehr Aufklärung, was man als Kommunalpolitiker eigentlich tut.» (Ost-Mittel, Linke, männlich)

Gerade wegen der hohen Bedeutung des kommunalpolitischen Engagements ist es an dieser Stelle entscheidend, jenen Kommunalpolitiker/innen besonders zuzuhören, die sich von den Gewalterfahrungen tangiert fühlen. Bedenklich ist, dass etwas weniger als die Hälfte die Belastungen durch Gewalterfahrungen spüren und davon bei einigen sogar Grenzen der individuell psychischen und physischen Belastung erreicht sind – weil die eigene Person oder Existenz, die eigene Familie oder das Umfeld bedroht oder verletzt werden.

«Nein, ich werde schon bis zum letzten Atemzug irgendwie ein politischer Mensch bleiben. Das ist meine DNA, sage ich jetzt mal so. Also, das wird sich nicht verändern. Die Frage ist nur, wie man sich politisch einbringt. Aber nicht, ob man sich politisch einbringt.» (West-Groß, parteilos, männlich)

Auffallend sind hierbei mehrere Beobachtungen: Ob die Gewalterfahrungen die Betroffenen so berühren, dass sie ihr ehrenamtliches Engagement hinterfragen bzw. gar aufgeben wollen, hängt nicht in erster Linie mit der Gewaltdimension zusammen. Prägender scheint hier zu sein, wie präsent die durch Gewalt subjektiv wahrgenommene Gefahr ist und wie dadurch ausgelöste Ängste strukturiert sind, d.h. ob diese beispielsweise ausschließlich die eigene Person betreffen oder die Familie einbeziehen.

Präsenter scheint dies in den mittleren und großen Gemeinden sowie in ostdeutschen Gemeinden zu sein. Zugespitzt also in den Kommunen, wo die persönliche Nähe zu den Bürger/innen geringer ist und wo die gesellschaftlichen Entwicklungen – z.B. stärkere Polarisierung und die generalisierende Zuschreibung zu einer Partei und deren Politik – tendenziell stärker als Ursachen von Gewalterfahrungen wahrgenommen werden.

Unübersehbar ist zudem ein geschlechterspezifisches Gefälle: Die Haltung, das politische Engagement fortzusetzen, auch wenn sich Betroffene durch die Gewalterfahrungen tangiert fühlen, ist bei Frauen und Männern gleichermaßen ausgeprägt. Besonders häufig ziehen jedoch von den Interviewten die weiblichen Kommunalpolitiker/innen den Rückzug aus der Kommunalpolitik aufgrund der Gewalterfahrungen ernsthaft in Erwägung. Das ist vor dem Hintergrund der eh geringeren deskriptiven Repräsentation von Frauen auf kommunaler Ebene problematisch.

Gesellschaftlich besteht der Auftrag, den Schutz vor Gewalt als einen wichtigen Baustein für das politische Ehrenamt zu betrachten, damit erstens die Gruppe derjenigen, die das Ehrenamt aufgeben, nicht größer wird, und zweitens die Gruppe, die Gewalt als Belastung empfinden, geringer wird.

Dieses Kapitel bot ein Portfolio angewandter Ansätze im Umgang mit Gewalterfahrungen. Die große Problematik dieses Portfolios ist jedoch, dass weitgehend parteiübergreifende und institutionelle Verfahren und Vorgehensweisen fehlen. Vielmehr greifen die Betroffenen vor allem auf individuelle Ansätze zurück und nutzen den fraktionsinternen Austausch. Auch wenn durchaus in einigen Gemeinden eine fraktionsübergreifende Thematisierung der Problematik stattfindet oder externe Partnerorganisationen hinzugezogen werden – von etablierten institutionellen Ansätzen kann nicht die Rede sein.

Ohne die Bedeutung des persönlichen Austauschs für die Betroffenen zu schmälern: Das weitgehende Fehlen von institutionellen Ansätzen bedeutet jedoch eine komplette Individualisierung eines systemischen Problems, nämlich die politisch motivierte Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger/innen. Dieses Fehlen dürfte nicht unwesentlich damit zusammenhängen, dass einer Einführung und Etablierung übergreifender institutioneller Ansätze ein öffentlicher Erfahrungsaustausch sowie ein Diskurs über das Thema vorangehen müssen. Doch die Herstellung von Öffentlichkeit für das Problem von Gewalt, die gegen ehrenamtliche Kommunalpolitiker/innen ausgeübt wird, bringt, wie oben beschrieben, die Betroffenen in eine ambivalente Situation. Die Ambivalenz entsteht unter anderem dadurch, dass die Konsequenzen der öffentlichen Sichtbarkeit vor allem von den Einzelpersonen getragen werden müssen.

8 Ausblick: Lösungsansätze für den Umgang mit Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen

Das Wichtigste in Kürze

- Der Einsatz eines mehrdimensionalen Sets von Ansätzen ist nötig, um die durch Gewalt verursachten Belastungen von Kommunalpolitiker/innen zu reduzieren und Gewalt als gesellschaftlichem Problem zu begegnen.
- Der Auf- und Ausbau institutioneller Ansätze ist dringend geboten.
- Es braucht aktive Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten insbesondere durch Parteiorganisationen und Landesinstitutionen.

Die Studie lieferte tiefere Einblicke in die Ausübung des politischen Ehrenamts, über subjektive Gewalterfahrungen und die entsprechenden persönlichen Perspektiven, die Aufschlüsse über Hintergründe und Handlungsmöglichkeiten geben.

Beeindruckend ist die hohe intrinsische Motivation, mit der kommunalpolitisches Engagement betrieben wird. Dennoch ist das politische Ehrenamt von vielen Herausforderungen geprägt, die zu einer gewissen Grundbelastung führen und den Bedarf an besseren Arbeitsbedingungen offenlegt. Namentlich wirken hier die hohe zusätzliche Arbeitsbelastung neben Familie und Beruf in Verbindung mit einer starken Verschränkung der Privatsphäre mit dem politischen Bereich und der generalisierenden und abwertenden Zuschreibung zur «politischen Klasse». Gewalterfahrungen sind eine zusätzliche besondere Belastung für das Ehrenamt, die mitunter zu (ernsthaften) Erwägungen führen, das kommunalpolitische Mandat niederzulegen.

Die vorliegende explorative Studie deckte auf, dass weitgehend institutionelle Ansätze und Angebote fehlen, die Kommunalpolitiker/innen beim Umgang mit Gewalterfahrungen unterstützen und zu einer Entlastung führen. Fraglos leiten sich aus individueller Kraft und Verantwortung ein hohes Maß an Lösungskompetenz im Umgang mit Gewalterfahrungen ab. Der Punkt ist jedoch, dass es sich bei politisch motivierter Gewalt um ein gesellschaftliches Problem handelt (siehe auch Kapitel 6). Deshalb kann es auf Dauer nicht sein, dass institutionelle Ansätze weitestgehend fehlen und Kommunalpolitiker/innen im hohen Maße als Einzelpersonen einen Umgang mit der Gewalt und den daraus resultierenden Belastungen finden (müssen). Zumal Parteien bereits deutliche Schwierigkeiten haben, Personal für kommunalpolitische

Mandate zu rekrutieren und damit eine wichtige Säule der repräsentativen demokratischen Ordnung in Bedrängnis gerät – ist doch die kommunale Ebene ein zentraler Ort für die Begegnung von Bürger/innen mit Politik.

Dieses Kapitel betrachtet das Fehlen institutioneller Ansätze und Angebote. Es beinhaltet Vorschläge für Ansatzpunkte und Maßnahmen, die im politischen Alltag eingesetzt werden können, um zum einen Belastungen, verursacht durch Gewalterfahrungen, zu reduzieren und zum anderen politische Gewalt als solche zu behandeln. Abgeleitet wurden diese Vorschläge vom Autor/innenteam aus den systematischen Auswertungen der individuellen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Interviewpartner/innen. Die Vorschläge richten sich direkt an Kommunalpolitiker/innen, sie richten sich auch an Parteiorganisationen und an politische Entscheidungsträger/innen in Bund, Ländern und Kommunen.

Gedankenprozesse zu Gewalterfahrungen und deren Ursachen als auch die bisherigen Erfahrungen mit angewandten Lösungsansätzen der betroffenen Kommunalpolitiker/innen bringen deutlich hervor, dass es nicht *die eine* Strategie für den Umgang mit Gewalt geben kann. Zum einen brauchen Betroffene Unterschiedliches. Zum anderen sind sowohl Kontexte von Gewalt als auch wahrgenommene Ursachen divers. Vielmehr braucht es hier ein mehrdimensionales Set von strategischen Ansätzen, die sich ergänzen und ineinandergreifen. Das Set greift die Kraft von individuellen Strategien auf, sie zielen auf den Auf- und Ausbau von institutionellen Ansätzen und benennen die Notwendigkeit, die strafrechtliche Verfolgung konsequent einzuleiten und Öffentlichkeit für das Problem zu schaffen.

Individuelle Ansätze greifen die Eigenverantwortung und Möglichkeiten von Kommunalpolitiker/innen auf, sich aktiv der Problematik politisch motivierter Gewalt zu stellen:

Gewalterfahrungen ernst nehmen und Austausch suchen. Der Austausch mit Vertrauenspersonen im privaten Umfeld bietet einen wertvollen Ankerpunkt, um Belastungen aus Gewalterfahrungen zunächst als solche wahrzunehmen und mit unterstützender Empathie und Solidarität zu stemmen. Betroffene Kommunalpolitiker/innen sollten den Austausch jedoch bewusst über den Kreis der engsten privaten Vertrauten hinaustragen und über Gewalterfahrungen mit politischen Mitstreitern sprechen. Neben einer individuell stärkenden Wirkung des Austauschs – sei es aufgrund der erfahrenen Unterstützung oder durch das Zusammenschließen mit anderen Betroffenen – liegt in jedem einzelnen individuellen Aktivwerden auch ein Beitrag für den gesellschaftlichen Diskurs. Auch diesem Weg der kleinen Gesprächskreise im privaten und politischen Umfeld liegt eine Multiplikatorenwirkung inne, die lokal in den Gemeinden beginnt.

Trennungsmöglichkeiten zwischen dem politischen Engagement und dem Privatbereich in vollem Umfang nutzen. Kommunalpolitische Engagierte treffen Gewalterfahrungen dann besonders hart, wenn diese in den Privatbereich hineinreichen und auch Angehörige betroffen sind. Möglichkeiten zur Abgrenzung sind im kommunalpolitischen Ehrenamt in der Tat begrenzt, vorhandene Optionen sollten voll genutzt

werden. Optionen können sein: Bereits mit Kandidatur für das politische Mandat das Einrichten einer E-Mail-Adresse für das Ehrenamt bedenken und das Verwenden von privaten E-Mailadressen meiden. Mit der Herausgabe und Veröffentlichung der privaten Telefonnummer sensitiv umgehen, insbesondere wenn der Telefonanschluss von weiteren Personen mitbenutzt wird. Empfehlenswert ist es, öffentliche Besprechungsräume zu suchen und zu nutzen. Eine aktive Unterstützung durch Kommunen und Parteiorganisationen ist bei der Bereitstellung von öffentlichen Räumen dringend geboten.

Ein entscheidender Beitrag im Umgang mit Gewalt liegt in einer stärkeren Implementierung von institutionellen Ansätzen. Im Kern sind aktives Engagement der Parteiorganisationen, von Gemeinderäten und von den Landesregierungen respektive Landtagen gefordert, die mit den Kommunalpolitiker/innen und unter Einbezug von zivilgesellschaftlichen Akteuren etwas bewegen können. Das Engagement umfasst zum einen Maßnahmen, betroffenen Kommunalpolitiker/innen Unterstützung bei Gewalterfahrungen zu gewähren. Zum anderen beinhalten die Vorschläge Maßnahmen, wie Gewalterfahrungen reduziert werden können:

Unterstützung in den Parteien bereits vor der Kandidatur beginnen. In der Vorbereitung auf die Übernahme eines Mandats sollten Parteien die Ratsaspirant/innen nicht nur auf anstehende Arbeitsprozesse im Gemeinderat und damit verbundene Arbeitsbelastungen vorbereiten, sondern auch die Problematik der Parteipolitisierung und potenzieller Gewalterfahrung klar benennen. Eine realistische und offene Vorbereitung auf das politische Mandat vermeidet negative Überraschungen und mögliche Frustration. Sie gibt zudem den Parteien die Möglichkeit zu vermitteln, dass man sich der Probleme bewusst ist, als Team handeln wird und somit Betroffene in solchen Situationen wissen, dass man sich jederzeit an Parteikolleg/innen wenden kann und auf diesem Wege individuell zu tragende Belastungen kleiner werden können.

Unterstützung und Mentoring der eigenen Amts- und Mandatsträger/innen setzt sich während der Amtszeiten fort. Insbesondere Parteien mit größeren Organisationsressourcen können aktiv Unterstützung bei Bedarfen leisten und die Etablierung von angefragten (über-)regionalen Austauschformaten vorantreiben. Gerade vor dem Hintergrund der vorangeschrittenen Digitalisierung lassen sich auch in eher großflächigen Kreisverbänden institutionalisierte Formate etablieren und Gemeinderät/innen aus kleineren Gemeinden Unterstützung zuteilwerden.

Beratung im Umgang mit Gewalterfahrungen parteiübergreifend organisieren. Mentoring für den Umgang mit Gewalt kann parteiübergreifend organisiert werden. Dieser Lösungsansatz bietet sich insbesondere für Kleinparteien und Wählervereinigungen an, die nur auf begrenzte organisatorische Ressourcen zurückgreifen können. Gleichwohl ist ein parteiübergreifendes Organisieren von Beratung und Training auch für größere Parteien attraktiv. Gemeinsam können mehrere Parteien mobile und zeitlich befristete Angebote für ihre Kommunalpolitiker/innen bereitstellen, die

beispielsweise Lösungen im Umgang mit verbaler Gewalt aus der Bevölkerung und insbesondere im Kontext von Wahlkämpfen zum Gegenstand haben.

Debattenkultur in der eigenen Partei. Demokratische Parteien stehen aktiv in der Verantwortung, die demokratische Streitkultur zu pflegen und verbaler Gewalt, ausgeübt durch eigene Parteimitglieder, entschieden entgegenzutreten und zu sanktionieren. Demokratische Streitkultur bedeutet, bei gegensätzlichen Argumenten zuhören und Meinungsunterschiede akzeptieren, hart in der Sache diskutieren – ohne den Pfad von Diffamierungen und Beleidigungen einzuschlagen.

Empowerment für Frauen in der Kommunalpolitik organisieren. Insbesondere für den Umgang mit sexualisierter verbaler Gewalt gegenüber Frauen sind spezifische Ansätze geboten. Als sinnvoll kann sich der bereits praktizierte Ansatz erweisen, in Gemeinden «Frauenstadträte» zu etablieren, die einen geschützten Raum für einen fraktionsübergreifenden Austausch und die Strategiebildung für den Umgang mit Gewalt bieten. Auch weniger institutionalisierte Formate bieten Unterstützung, etwa einmalige oder wiederholende Kooperationen mit Vereinen, die sich auf Strategien im Umgang mit Gewalt gegen Frauen spezialisiert haben. Für das Mentoring von Frauen können Gleichstellungsbeauftragte eine zentrale Rolle als Anlaufstelle und Koordinatorinnen übernehmen.

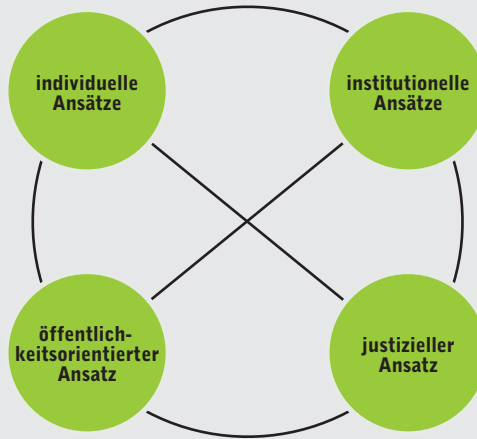
Debattenkultur im Gemeinderat: Möglichkeiten einer Geschäftsordnung nutzen. Verbale Gewalt tritt nicht nur auf in Begegnungen zwischen Politik und Bürger/innen. Viele politische Auseinandersetzungen in Gemeinderäten sind in den letzten Jahren rauer geworden, und damit hat verbale Gewalt vermehrt Einzug in die Sitzungen des Gemeinderats genommen. Gemeinderäte sollten das Problem ansprechen und Wege der verbalen Abrüstung einschlagen. Als Ausgangspunkt kann das Verabschieden einer Geschäftsordnung sein, die Prinzipien der Debattenkultur festhält, den Rahmen für Akzeptiertes setzt und Sanktionsmöglichkeiten festlegt. Etablierte Verfahren und Best-Practice aus Landtagen und dem Bundestag können hierbei eine Orientierung bieten.

Beratung und Training für Bürgermeister/innen: Kommunikationskultur im Gemeinderat als hohes Gut der Demokratie behandeln. Qua Amt nehmen Bürgermeister/innen in den Gemeinderäten eine zentrale leitende und lenkende Rolle ein und gestalten die Debatten im Gemeinderat maßgeblich im positiven und negativen Sinne mit. Spezifische Beratungsangebote und Trainings für Bürgermeister/innen können deshalb Effekte für die Debattenkultur im Gemeinderat haben.

Gemeinsames Auftreten des Gemeinderats bei Gewalt gegen einzelne Gemeinderatsmitglieder. Ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten des Gemeinderats setzt Zeichen im Sinne von Handlungsfähigkeit, Solidarität und einer klaren Ansage gegenüber Täter/innen und der Öffentlichkeit, dass politisch motivierte Gewalt in keiner Form toleriert wird. Konkret kann der Gemeinderat beispielsweise Anzeige bei

Gewalt gegen einzelne Gemeinderatsmitglieder erstatten. Ein entwickelter Leitfaden für das Agieren im Falle von Gewalttaten unterstreicht nicht nur Handlungsfähigkeit, sondern gibt auch den Betroffenen Sicherheit.

Abb. 1: Maßnahmencluster für den Umgang mit Gewalt im politischen Alltag



Landtag und Landesregierung in der Verantwortung für eine aktive Unterstützung im Umgang mit Gewalt. Die Unterstützung durch Landtag und Landesregierung kann vielfältig ausgestaltet sein und deckt dabei die Aspekte von Bereitstellung von Informationen und Beratung bis hin zu Bereitstellung von finanziellen Ressourcen ab. Als erstes kann unter der Koordination des Landtags oder der Landesregierung ein Leitfaden für Gemeinden und Kommunen für den Umgang mit politisch motivierter Gewalt erstellt werden, um damit die bestehende Informationslücke zu schließen. Oft mangelt es vor Ort an Wissen über institutionelle oder zivilgesellschaftliche Ansprechpartner/innen und bereits vorhandene Instrumentarien. Die Beteiligung betroffener Kommunalpolitiker/innen und gewalterfahrener Akteure (z.B. Polizei, Zivilgesellschaft) ist bei der Erstellung des Leitfadens zu empfehlen. Des Weiteren kann der Landtag beratend bei der Entwicklung von Geschäftsordnungen, die gegen verbale Gewalt in Gemeinderäten eingesetzt werden sollen, zur Seite stehen bzw. die Entwicklung einer Mustervorlage in Auftrag geben. Und schließlich sollten die vorgeschlagenen Beratungs- und Trainingsangebote für den Umgang mit Gewalt über den Landeshaushalt (anteilig) finanziert werden. Diese Aktivitäten gegen politisch motivierte Gewalt dürfen nicht aufgrund begrenzter finanzieller Mittel der Kommunen ausbleiben.

Neben institutionellen Lösungen ist die Stärke des demokratischen Rechtsstaates gefragt, die sich in einer konsequenten Ahndung von politisch motivierter Gewalt gegen politische Repräsentant/innen auf allen politischen Ebenen zeigt:

Konsequente strafrechtliche Verfolgung von Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen ermöglichen. Auch wenn das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität in einigen Punkten strittig ist – entscheidend ist an dieser Stelle, dass es zwei zentrale Probleme benennt: Zum einen werden mit dem Gesetz explizit auch kommunale Amts-, Mandatsträger/innen sowie Mitarbeitende in der Verwaltung bei Anfeindungen und Bedrohungen unter Schutz gestellt; und es schreibt ein höheres Strafmaß bei Beleidigungen von Kommunalpolitiker/innen fest. Zum anderen unterstreicht es den politischen Willen, Hasskriminalität in den sozialen Medien systematisch zu verfolgen und wirkungsvolle Mechanismen gegen Morddrohungen, volksverhetzenden und antisemitischen Äußerungen und anderen strafbaren Inhalten in den sozialen Medien zu etablieren.

Konsequente strafrechtliche Verfolgung durchsetzen. Die Strafverfolgung von Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen bereitet Polizei und Staatsanwaltschaft an vielen Stellen Schwierigkeiten etwa bei anonym ausgeübter Gewalt. Unabhängig davon braucht es dennoch eine besondere Sensibilität für politisch motivierte Gewalt gegen Politiker/innen. Sensibilität impliziert, Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen auch als politisch motivierte Straftat zu behandeln und Betroffene bei Strafanzeigen ernst zu nehmen, auch bei geringen Erfolgsaussichten. Fortschritte in diesem Bereich könnten mit der Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für politisch motivierte Gewalt erreicht werden.

Konsequente gerichtliche Verfolgung ausschöpfen. Zudem braucht es eine konsequente gerichtliche Verfolgung und strafrechtliche Sanktionierung von Gewalt gegen (Kommunal-)Politiker/innen. Wie der Fall Künast zeigt, fällt selbst der Gerichtsbarkeit der Umgang mit Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger/innen nicht immer leicht und verdeutlicht, wie weit verbreitet die Behauptung ist, dass ein gewisses Maß an Beleidigungen und Bedrohungen ein quasi natürlicher Preis für politisches Engagement sei. Nachdem Künast massive Beleidigungen zur Anzeige gebracht hatte, entschied das Landesgericht Berlin im September 2019, dass diese Beleidigungen noch im Rahmen des Hinnehmbaren für Personen des öffentlichen Lebens seien. Das sorgte für massive Kritik und löste Empörung in der Öffentlichkeit aus. Erst in der nächsthöheren Instanz wurde dieses Urteil im März 2020 weitestgehend revidiert.²⁶ So wichtig die institutionellen Ansätze zur Begegnung politisch motivierter Gewalttaten gegen Kommunalpolitiker/innen und die justizielle Sanktionierung ebensolcher Handlungen sind, so klar ist auch, dass diese Bausteine in einer breiteren Auseinandersetzung mit der Thematik sind. Es geht darüber hinaus darum, die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Gewalt voranzubringen und zu unterstreichen, dass demokratische Streitkultur konsequent ohne Gewalt auskommt. Entsprechend thematisieren die nachfolgenden Vorschläge, Öffentlichkeit über politisch motivierte Gewalt zu schaffen und damit die Wahrnehmung dieser als gesellschaftliches Problem aufrechtzuerhalten. Die Vorschläge greifen ferner die Strahlkraft öffentlich

²⁶ Hoppenstedt, Max: Künast siegt vor Gericht in Hate-Speech-Verfahren.

geführter politischer Debatten auf und unterstreichen die Notwendigkeit einer permanent umgesetzten demokratischen Streitkultur:

Amtliche Erfassung von Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen konsequent umsetzen. Ein gezielter und problemorientierter Diskurs bedarf auch einer soliden Datengrundlage. Die veränderte Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, die politisch motivierte Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger/innen gesondert aufzuführen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine angemessene Erweiterung läge in einer nach politischen Ebenen differenzierten Datenerhebung und Berichterstattung.

Bundesweite Online-Plattform für Gewalterfahrungen in der Kommunalpolitik etablieren. Eine digitale bundesweite Plattform kann in mehrfacher Weise Wirkung im Umgang mit Gewalterfahrungen entfalten. Zunächst können sich in eingeschränkt öffentlich zugänglichen Räumen Betroffene über Erfahrungen austauschen und gezielt Strategien für den Umgang mit Gewalt entwickelt. Zugleich können moderiert und unter Einhaltung des Datenschutzes Gewalterfahrung öffentlich geteilt werden. Das schafft Öffentlichkeit für das Problem und Gewalterfahrungen, ohne das die/der einzelne Kommunalpolitiker/in öffentlich sichtbar sein muss. Pflege, Betreuung und Moderation dieser Plattform kann in Händen von (zivilgesellschaftlichen) Akteur/innen oder Organisationen mit entsprechender Expertise liegen, die Finanzierung sollte durch das Bundesministerium des Innern gesichert werden.

Aufklärungskampagne über das kommunalpolitische Ehrenamt. Vielfach zeigt sich, dass es an Wissen über die Rolle und Art der politischen Arbeit in den Kommunen in der breiten Bevölkerung fehlt. Oft ist eben nicht bekannt, dass die lokalen politischen Entscheidungen von *ehrenamtlich* Aktiven getragen werden, die direkt in der Nachbarschaft leben, Berufe ausüben wie die Repräsentierten und damit den Repräsentierten näher und ähnlicher sind als den Berufspolitiker/innen. Breitenwirksame Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, ausgerichtet an Jugendlichen und Erwachsenen, kann diese Lücke schließen. Gefragt sind hier (weiterhin) Institutionen wie die Landes- und Bundesstiftungen für politische Bildung, die politischen Stiftungen und zivilgesellschaftliche Akteure wie beispielsweise der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Auch spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote von Multiplikatoren wie Lehrkräften an Gesamtschulen, Berufsschulen und Gymnasien sind eine weitere Möglichkeit.

Demokratische Streitkultur als das Nonplusultra in der Öffentlichkeit. Der Preis für politisches (ehrenamtliches) Engagement darf nicht ein gewisses Maß an Beleidigungen und Bedrohungen sein. Das Mittel demokratischer Politik muss der demokratische Diskurs sein; politisch motivierte Gewalt, egal von wem und egal ob gegen ehrenamtliche oder hauptberufliche Politiker/innen, hat hier keinen Platz. Hier sind (weiterhin) die demokratischen Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure als Multiplikatoren gefragt, gezielt den Diskurs gegen verbale und tätliche Gewalt weiterzuführen und dabei die Bürger/innen permanent mitzunehmen. Prominente

Parteipolitiker/innen und Amts- sowie Mandatsträger/innen stehen in der Verantwortung, mit jedem öffentlichen Auftritt die demokratische Streitkultur zu leben und jeglichen Kommunikationsmitteln eine Absage zu erteilen, die nicht den sachlichen Austausch von Argumenten beinhalten, sondern auf persönliche Diffamierungen oder Anfeindungen abzielen. Die Vorbildfunktion umfasst hier, nicht nur keine verbale Gewalt einzusetzen, sondern sich auch gegen verbale Gewalt zur Wehr zu setzen. Demokratische Streitkultur gilt es auch in den lokalen Bürgerversammlungen und Bürgersprechstunden permanent aufrechtzuerhalten, zu pflegen und zugleich jedes Auftreten von verbaler Gewalt zu nutzen, für die damit verbundenen Probleme zu sensibilisieren – angefangen auf der menschlichen Ebene bis hin zu den gesellschaftlichen Konsequenzen.

Die Kommune ist der Ort, wo Bürgerinnen und Bürger in unmittelbarer Nähe Politik erleben. Ihre Relevanz für die demokratische Ordnung erfordert ein Bekämpfen der politisch motivierten Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Die aus der Gewalt resultierenden Folgen dürfen nicht unterschätzt werden, zumal die vor allem ehrenamtlich arbeitenden Kommunalpolitiker/innen bereits besonderen Arbeitsbedingungen und -belastungen ausgesetzt sind. Notwendig ist der Einsatz verschiedener Instrumente, die eine Entlastung im Umgang mit Gewalt erreichen können und die Reduktion von Gewalt zum Ziel haben. Insbesondere mithilfe institutioneller Ansätze kann den Kommunalpolitiker/innen Unterstützung angeboten werden. Dabei müssen verschiedene Ansätze parallel verfolgt werden. Viele Lösungsansätze können auch als Ansatzpunkte genutzt werden, Gewalt gegen andere kommunal oder ehrenamtlich engagierte Personen zu begegnen.

Die vorliegende Studie sollte Einblick in die Arbeit ehrenamtlicher Kommunalpolitiker/innen geben und einige Lösungsansätze für die gefundenen Probleme anbieten. Es bleibt zu hoffen, dass sich kurz- bis mittelfristig die Arbeitsbedingungen der Kommunalpolitiker/innen signifikant verbessern und diese kurzfristig erfolgreich vor Gewalt geschützt werden. Staat und Gesellschaft sind das diesen Menschen schuldig. Nicht zuletzt zum Schutze unseres Gemeinwesens und der Demokratie selbst.

9 LITERATUR

- Bertelsmann Stiftung, *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien*, Gütersloh 2019.
- Bogumil, Jörg/Benjamin Garske/David Gehne, «Kommunale Mandatsträger: überaltert, überarbeitet und einflusslos? Neue Erkenntnisse zur Situation der lokalen Demokratie in Deutschland», in: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)*, H. 4 (2017), S. 523–536.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundeskriminalamt, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019, 28.05.2020, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=8.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin 2020, 30.11.2020, <https://www.bmfsfj.de/blob/114006/738fd7b84c664e8747c8719a163aa7d9/3--atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-deutsch-data.pdf>.
- Detering, Heinrich, *Was heißt hier «wir»? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten*, Ditzingen 2019.
- Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Drucksache 19/17741, 30.11.2020, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/177/1917741.pdf>.
- Egner, Björn/Max-Christopher Krapp/Hubert Heinelt, *Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problem-sichten – Einstellungen – Rollenverständnis*, Wiesbaden 2013.
- Erhardt, Christian, «Steinmeier: Anfeindungen immer wieder Thema», in: *Kommunal* vom 20.06.2018, <https://kommunal.de/steinmeier-anfeindungen-immer-wieder-thema>, 30.03.2020.
- Erhardt, Christian, «Hasswelle: Kommunalpolitik – Aus Hetze werden Taten», in: *Kommunal* vom 25.06.2019, <https://kommunal.de/hasswelle-alle-zahlen>, 30.03.2020.
- Erhardt, Christian, «Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung», in: *Kommunal* vom 10.03.2020, <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020>, 30.03.2020.
- Fiedler, Maria/Georg Ismar, «FDP klagt über Hass-Welle im ganzen Land», in: *Tagesspiegel* vom 10.02.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-wahl-eklat-in-thueringen-fdp-klagt-ueber-hass-welle-im-ganzen-land/25527496.html>, 30.03.2020.
- Goddemeier, Michelle, hr-Umfrage. Mehrheit der Bürgermeister und Landräte wird angefeindet., <https://www.hessenschau.de/politik/hr-umfrage-mehrheit-der-buergermeister-und-landraete-wird-angefeindet,hr-umfrage-daten-fakten-102.html>.
- Gökkaya, Hasan, «Schüsse auf Büro des SPD-Politikers Karamba Diaby», in: *Zeit Online* vom 15.01.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-01/karamba-diaby-halle-buero-spdPolitiker-schuesse>, 30.03.2020.
- Große, Patrick, «Deutschland und die Flüchtlinge: Wie 2015 das Land veränderte», in: *Deutsche Welle* vom 11.02.2019, <https://www.dw.com/de/deutschland-und-die-fl%C3%BChtlinge-wie-2015-das-land-ver-%C3%A4nderte/a-47459712>, 30.04.2020.
- Harm, Katrin/Tobias Jaeck/Jens Aderhold, «Kommunalpolitiker in der Überforderungsfalle? Ratsarbeit und Belastungswahrnehmung in sechs Kommunalparlamenten aus Sicht der Mandatsträger», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 44, H. 4 (2013), S. 829–846.
- Holtkamp, Lars, «Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Vergleich», in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 47, H. 4 (2006), S. 641–661.
- Holtmann, Everhard/Christian Rademacher/Marion Reiser, *Kommunalpolitik*, Wiesbaden 2017.
- Lukaschat, Helga/Jana Belschner, Keine Zeit für Politik?, 30.11.2020, <https://www.boell.de/de/2015/09/21/keine-zeit-fuer-politik>.

- Maier, Jürgen, «Salz in der Suppe» oder «Klimakiller»? Empirische Befunde zum Wandel der parlamentarischen Streitkultur nach dem Einzug der AfD in die deutschen Landtage», in: *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 51, H. 3 (2020), S. 622–638.
- Müller, Hans Christian, «Die wahren Helden» vom 11.02.2020, https://www.handelsblatt.com/infografiken/grafik/infografik-wie-gross-die-schar-von-freiwilligen-in-der-kommunalpolitik-ist-und-was-sie-leistet/25530906-all.html?v2hbgtrackingscript=/downloads/13858302/50/vhb_g_embed_v2_tracking.js&v2hbgdebugoptions=false&v2hbgfontcssgotham=https://cloud.typography.com/6111652/6952372/css/fonts.css&v2hbgfontcssgothamnarrow=https://cloud.typography.com/6111652/777268/css/fonts.css&v2hbgmode=web&ticket=ST-1826978-AJkV-4TO3iDPcV35xuo5R-ap2, 30.03.2020.
- o.A., «Bürgermeister von Kerpen gibt Amt auf», in: *Tagesspiegel* vom 23.01.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/drohungen-gegen-kinder-buergermeister-von-kerpen-gibt-amt-auf/25464480.html>, 30.03.2020.
- Ramelsberger, Annette, «Allein gegen die Barbarei», in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.09.2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/renate-kuenast-beleidigung-internet-landgericht-berlin-1.4607799>, 28.05.2020.
- Reiser, Marion, *Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*, Wiesbaden.
- Reiser, Marion, «Zeitaufwand für das kommunalpolitische Ehrenamt», in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.), *Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich*, Wiesbaden 2017, S. 81–109.
- Ruhose, Fedor, *Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur*, Wiesbaden 2019.
- Seville, Astrid, «Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 69, H. 49–50 (2019), S. 33–38.
- Stecker, Christian, «Parteien und Fraktionsgeschlossenheit auf der kommunalen Ebene», in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.), *Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich*, Wiesbaden 2017, S. 323–358.
- Thoms, Katharina/Markus Pfalzgraf, «Parlamentarische Provokationen», in: *Deutschlandfunk* vom 14.12.2020, https://www.deutschlandfunk.de/debattenkultur-mit-der-afd-parlamentarische-provokationen.724.de.html?dram:article_id=489125, 03.01.2021.

Beleidigt und bedroht Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland

Verbale und tätliche Gewalterfahrungen gehören zunehmend zum Alltag von Politikerinnen und Politikern, die in Gemeinden und Kommunen ehrenamtlich engagiert sind. Damit ist das politische Ehrenamt einer zusätzlichen und mitunter belastenden Herausforderung ausgesetzt. Gerade weil das kommunalpolitische Ehrenamt von zentraler Bedeutung für die gelebte Demokratie ist, bedarf es geeigneter Maßnahmen im Umgang mit politisch motivierter Gewalt.

Diese Publikation präsentiert Ergebnisse einer qualitativen Studie über Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Sie reflektiert Lösungsansätze beim Umgang mit Gewalt, die eine Vielzahl von politischen Akteuren und Institutionen einbeziehen.

ISBN 978-3-86928-228-2